Proklamation des Führers an das Deutsche Volk und Note des Auswärtigen Amtes an die Sowjet-Regierung nebst Anlagen.

Proklamation des Führers an das Deutsche Volk.

Deutsches Volk!

Nationalsozialisten!

Von schweren Sorgen bedrückt, zu monatelangem Schweigen verurteilt, ist nun die Stunde gekommen, in der ich endlich offen sprechen kann.

Als das Deutsche Reich am 3. September 1939 die englische Kriegserklärung erhielt, wiederholte sich aufs neue der britische Versuch, jeden Beginn einer Konsolidierung und damit eines Aufstiegs Europas durch den Kampf gegen die jeweils stärkste Macht des Kontinents zu vereiteln.

So hat England einst in vielen Kriegen Spanien zugrunde gerichtet.

So führte es seine Kriege gegen Holland.

So bekämpfte es mit Hilfe von ganz Europa später Frankreich.

Und so begann es um die Jahrhundertwende die Einkreisung des damaligen Deutschen Reiches und im Jahr 1914 den Weltkrieg.

Nur durch seine innere Uneinigkeit ist Deutschland im Jahre 1918 unterlegen.

Die Folgen waren furchtbar.

Nachdem man erst heuchlerisch erklärte, allein gegen den Kaiser und sein Regime gekämpft zu haben, begann man nach der Waffenniederlegung des deutschen Heeres mit der planmäßigen Vernichtung des Deutschen Reiches. Während sich die Prophezeiungen eines französischen Staatsmannes, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel seien, d. h. durch Hunger, Krankheiten oder Auswanderung beseitigt werden müßten, scheinbar wörtlich erfüllten, begann die nationalsozialistische Bewegung ihr Einigungswerk des deutschen Volkes und damit den Wiederaufstieg des Reiches einzuleiten.

Diese neue Erhebung unseres Volkes aus Not, Elend und schmählicher Mißachtung stand im Zeichen einer inneren Wiedergeburt.

Besonders England wurde dadurch nicht berührt oder gar bedroht.

Trotzdem setzte die neue haßerfüllte Einkreisungspolitik gegen Deutschland augenblicklich wieder ein. Innen und außen kam es zu jenem uns bekannten Komplott zwischen Juden und Demokraten, Bolschewisten und Reaktionären mit den einzigen Zielen, die Errichtung des neuen deutschen Volksstaates zu verhindern, das Reich erneut in Ohnmacht und Elend zu stürzen.

Neben uns traf der Haß dieser internationalen Weltverschwörung jene Völker, die ebenso vom Glück übersehen, im härtesten Daseinskampf das tägliche Brot zu verdienen gezwungen waren. Vor allem Italien und Japan wurde der Anteil an den Gütern dieser Welt genau

so wie Deutschland bestritten, ja förmlich verboten. Der Zusammenschluß dieser Nationen war daher nur ein Akt des Selbstschutzes gegenüber der sie bedrohenden egoistischen Weltkoalition des Reichtums und der Macht.

Allein schon 1936 erklärte Churchill nach den Aussagen des amerikanischen Generals Wood vor einem Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses, daß Deutschland wieder zu mächtig würde und daher vernichtet werden müsse.

Im Sommer 1939 schien England der Zeitpunkt gekommen, die erneut beabsichtigte Vernichtung mit der Wiederholung einer umfassenden Einkreisungspolitik Deutschlands beginnen zu können.

Das System der zu dem Zweck veranstalteten Lügenkampagne bestand darin, andere Völker als bedroht zu erklären, sie mit englischen Garantie- und Beistandsversprechen erst einmal einzufangen und dann so wie vor dem Weltkrieg gegen Deutschland marschieren zu lassen.

So gelang es England, vom Mai bis August 1939 in die Welt die Behauptung zu lancieren, daß Litauen, Estland, Lettland, Finnland, Bessarabien sowohl als die Ukraine von Deutschland direkt bedroht seien. Ein Teil der Staaten ließ sich dadurch verleiten, das mit diesen Behauptungen angebotene Garantieversprechen anzunehmen und ging damit in die neue Einkreisungsfront gegen Deutschland über.

Unter diesen Umständen glaubte ich es vor meinem Gewissen und vor der Geschichte des deutschen Volkes verantworten zu können, nicht nur diesen Ländern bzw. ihren Regierungen die Unwahrheit der vorgebrachten britischen Behauptungen zu versichern, sondern darüber hinaus die stärkste Macht des Ostens noch besonders durch feierliche Erklärungen über die Grenzen unserer Interessen zu beruhigen.

Nationalsozialisten!

Ihr habt es einst wohl alle gefühlt, daß dieser Schritt für mich ein bitterer und schwerer war. Niemals hat das deutsche Volk gegen die Völkerschaften Rußlands feindselige Gefühle gehegt. Allein seit über 2 Jahrzehnten hat sich die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus bemüht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken. Nicht Deutschland hat seine nationalsozialistische Weltanschauung jemals versucht, nach Rußland zu tragen, sondern die jüdisch-bolschewistischen Machthaber in Moskau haben es unentwegt unternommen, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuoktroyieren, und dies nicht nur geistig, sondern vor allem auch militärisch-machtmäßig.

Die Folgen der Tätigkeit dieses Regimes aber waren in allen Ländern nur das Chaos, Elend und Hungersnot. Ich habe mich demgegenüber seit zwei Jahrzehnten bemüht, mit einem Minimum an Eingriffen und ohne jene Zerstörung unserer Produktion zu einer neuen sozialistischen Ordnung in Deutschland zu kommen, die nicht nur die Arbeitslosigkeit

beseitigt, sondern auch den Gewinn der Arbeit steigend den schaffenden Menschen immer mehr zufließen läßt.

Die Erfolge dieser Politik der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung unseres Volkes, die in planmäßiger Ueberwindung von Standes- und Klassengegensätzen als letztes Ziel einer wahren Volksgemeinschaft zustrebt, sind in der ganzen Welt einmalige.

Es war daher im August 1939 für mich eine schwere Ueberwindung, meinen Minister nach Moskau zu schicken, um dort zu versuchen, der britischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland entgegenzuarbeiten. Ich tat es nur im Verantwortungsbewußtsein dem deutschen Volk gegenüber, vor allem aber in der Hoffnung, am Ende doch zu einer dauernden Entspannung kommen und die vielleicht von uns sonst geforderten Opfer vermindern zu können.

Indem nun Deutschland in Moskau feierlich die angeführten Gebiete und Länder — ausgenommen Litauens — als außerhalb aller deutschen politischen Interessen liegend versicherte, wurde noch eine besondere Vereinbarung getroffen für den Fall, daß es England gelingen sollte, Polen tatsächlich gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen. Aber auch hier fand eine Begrenzung der deutschen Ansprüche statt, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen der deutschen Waffen stand.

Nationalsozialisten!

Die Folgen dieses von mir selbst gewünschten und im Interesse des deutschen Volkes abgeschlossenen Vertrages waren besonders für die in den betroffenen Ländern lebenden Deutschen sehr schwere.

Weit mehr als eine halbe Million deutsche Volksgenossen — alles Kleinbauern, Handwerker und Arbeiter — wurden fast über Nacht gezwungen, ihre frühere Heimat zu verlassen, um einem neuen Regime zu entgehen, das ihnen zunächst mit grenzenlosem Elend, früher oder später aber mit der völligen Ausrottung drohte. Trotzdem sind Tausende Deutsche verschwunden! Es war unmöglich, jemals ihr Schicksal oder gar ihren Aufenthalt zu ermitteln. Unter ihnen befinden sich allein über 160 Männer deutscher Reichsangehörigkeit.

Ich habe zu dem allen geschwiegen, weil ich schweigen mußte! Denn es war ja mein Wunsch, eine endgültige Entspannung und, wenn möglich, einen dauernden Ausgleich mit diesem Staate herbeizuführen.

Schon während unseres Vormarsches in Polen aber beanspruchten die sowjetischen Machthaber plötzlich entgegen dem Vertrag auch Litauen.

Das Deutsche Reich hat nie die Absicht gehabt, Litauen zu besetzen und hat auch nicht nur kein derartiges Ansinnen an die Litauische Regierung gestellt, sondern im Gegenteil das Ersuchen der damaligen Litauischen Regierung, nach Litauen in diesem Sinne deutsche Truppen zu schicken, als nicht den Zielen der deutschen Politik entsprechend abgelehnt.

Trotzdem fügte ich mich auch in diese neue russische Forderung. Es war aber nur der Beginn fortgesetzter neuer Erpressungen, die sich seitdem immer wiederholten.

Der Sieg in Polen, der ausschließlich von deutschen Truppen erfochten worden war, veranlaßte mich, erneut ein Friedensangebot an die Westmächte zu richten. **Es verfiel durch die internationalen und jüdischen Kriegshetzer der Ablehnung.**

Der Grund für diese Ablehnung aber lag schon damals daran, daß England noch immer die Hoffnung hatte, eine europäische Koalition gegen Deutschland mobilisieren zu können unter Einschluß des Balkans und Sowjet-Rußlands.

So entschloß man sich in London, als Botschafter Mister Cripps nach Moskau zu schicken. Er erhielt den klaren Auftrag, unter allen Umständen die Beziehungen zwischen England und Sowjet-Rußland erneut aufzunehmen und in englischem Sinne zu entwickeln. Ueber den Fortschritt dieser Mission berichtete die englische Presse, solange sie nicht taktische Gründe zum Schweigen veranlaßten.

Im Herbst 1939 und Frühjahr 1940 zeigten sich auch tatsächlich schon die ersten Folgen. Während sich Rußland anschickte, nicht nur Finnland, sondern auch die baltischen Staaten militärisch zu unterjochen, motivierte es diesen Vorgang plötzlich mit der ebenso verlogenen wie lächerlichen Behauptung, diese Länder vor einer fremden Bedrohung schützen bzw. ihr zuvorkommen zu müssen. Damit aber sollte nur Deutschland gemeint sein. Denn eine andere Macht konnte überhaupt in die Ostseegebiete weder eindringen noch dort etwa Krieg führen. Trotzdem mußte ich schweigen. Aber die Machthaber im Kreml gingen sofort weiter.

Während Deutschland im Frühjahr 1940 seine Streitkräfte im Sinne des sogenannten Freundschaftspaktes weit von der Ostgrenze zurückzog, ja diese Gebiete zum großen Teil überhaupt von deutschen Truppen entblößte, begann bereits zu dieser Zeit der Aufmarsch russischer Kräfte in einem Ausmaß, der nur als eine bewußte Bedrohung Deutschlands aufgefaßt werden konnte.

Nach einer damals persönlich abgegebenen Erklärung Molotows befanden sich schon im Frühjahr 1940 22 russische Divisionen allein in den baltischen Staaten.

Da die russische Regierung selbst immer behauptete, sie sei von der dortigen Bevölkerung gerufen worden, konnte der Zweck ihres Dortseins mithin nur eine Demonstration gegen Deutschland sein.

Während nun unsere Soldaten vom 10. Mai 1940 an die französisch-britische Macht im Westen gebrochen hatten, wurde der russische Aufmarsch an unsere Ostfront aber in einem allmählich immer bedrohlicherem Ausmaß fortgesetzt.

Vom August 1940 ab glaubte ich daher es im Interesse des Reiches nicht mehr verantworten zu können, diesem gewaltigen Kräfteaufmarsch bolschewistischer Divisionen gegenüber unsere ohnehin schon so oft verwüsteten Ostprovinzen ungeschützt sein zu lassen.

Damit aber trat das ein, was die britisch-sowjetrussische Zusammenarbeit beabsichtigte, nämlich: **die Bindung so starker deutscher Kräfte im Osten, daß besonders luftmäßig eine radikale Beendigung des Krieges im Westen von der deutschen Führung nicht mehr verantwortet werden konnte.**

Dies entsprach aber nicht nur dem Ziel der britischen, sondern auch der sowjetrussischen Politik. Denn sowohl England wie Sowjetrußland haben die Absicht, diesen Krieg so lange wie möglich dauern zu lassen, um ganz Europa zu schwächen und es in eine immer größere Ohnmacht zu versetzen.

Der bedrohliche Angriff Rußlands gegen Rumänien sollte ebenfalls im letzten Grunde nur der Aufgabe dienen, eine wichtige Basis nicht nur des deutschen, sondern des wirtschaftlichen Lebens ganz Europas in die Hand zu bekommen oder unter Umständen wenigstens zu vernichten. Gerade das Deutsche Reich aber hat sich seit dem Jahre 1933 mit unendlicher Geduld bemüht, die südosteuropäischen Staaten als Handelspartner zu gewinnen. Wir besaßen deshalb auch das höchste Interesse an ihrer inneren staatlichen Konsolidierung und Ordnung. Der Einbruch Rußlands in Rumänien, die griechische Bindung an England drohten auch diese Gebiete in kurzer Zeit in einen allgemeinen Kriegsschauplatz zu verwandeln.

Entgegen unseren Grundsätzen und Gebräuchen habe ich auf eine dringende Bitte der damaligen, an dieser Entwicklung selbst schuldigen Rumänischen Regierung den Rat gegeben, um des Friedens wegen der sowjetischen Erpressung nachzugeben und Bessarabien abzutreten.

Die Rumänische Regierung glaubte dies aber vor ihrem eigenen Volke nur unter der Voraussetzung noch tragen zu können, wenn Deutschland und Italien als Entschädigung dafür wenigstens eine Garantie geben würden, daß an dem noch übrigbleibenden Bestand Rumäniens nicht mehr gerüttelt wird.

Ich habe dies schweren Herzens getan. Vor allem schon deshalb: Wenn das Deutsche Reich eine Garantie gibt, bedeutet dies, daß es dafür auch einsteht. Wir sind weder Engländer noch Juden.

So glaubte ich noch in letzter Stunde, dem Frieden in diesem Gebiete gedient zu haben, wenn auch unter der Annahme einer schweren eigenen Verpflichtung. Um aber diese Probleme endgültig zu lösen und über die russische Einstellung dem Reiche gegenüber ebenfalls Klarheit zu erhalten sowie unter dem Druck der sich stetig verstärkenden Mobilisierung an unserer Ostgrenze habe ich Herrn Molotow eingeladen, nach Berlin zu kommen.

Der sowjetische Außenminister verlangte nun die Klärung bzw. Zustimmung Deutschlands in folgenden vier Fragen:

1. Frage Molotows:

Solle sich die deutsche Garantie für Rumänien im Falle eines Angriffs Sowjet-Rußlands gegen Rumänien auch gegen Sowjet-Rußland richten?

Meine Antwort:

Die deutsche Garantie ist eine allgemeine und uns unbedingt verpflichtende. Rußland habe uns aber nie erklärt, daß es außer Bessarabien überhaupt noch in Rumänien Interessen besitze. Schon die Besetzung der Nord-Bukowina war ein Verstoß gegen diese Versicherung. Ich glaubte daher nicht, daß Rußland jetzt plötzlich noch weiter gehende Absichten gegen Rumänien haben könnte.

2. Frage Molotows:

Rußland fühle sich erneut von Finnland bedroht. Rußland sei entschlossen, dies nicht zu dulden. Sei Deutschland bereit, Finnland keinerlei Beistand zu geben und vor allem die nach Kirkenes zur Ablösung durchmarschierenden deutschen Truppen sofort zurückzuziehen?

Meine Antwort:

Deutschland habe nach wie vor in Finnland keine politischen Interessen. Ein neuer Krieg Rußlands gegen das kleine finnische Volk aber könne von der Deutschen Reichsregierung als nicht mehr tragbar angesehen werden, um so mehr, als wir an eine Bedrohung Rußlands durch Finnland niemals glauben könnten.

Wir wollten aber überhaupt nicht, daß in der Ostsee nochmals ein Kriegsgebiet entstehe.

3. Frage Molotows:

Sei Deutschland bereit, einzuwilligen, daß Sowjet-Rußland seinerseits an Bulgarien eine Garantie gebe und sowjetrussische Truppen zu diesem Zwecke nach Bulgarien schicke, wobei er — Molotow — erklären wolle, daß sie nicht die Absicht hätten, aus diesem Anlaß z. B. den König zu beseitigen.

Meine Antwort:

Bulgarien sei ein souveräner Staat und ich wüßte nicht, daß ähnlich wie Rumänien Deutschland, Bulgarien überhaupt Sowjet-Rußland um eine Garantie gebeten hätte. Außerdem müßte ich mich darüber mit meinen Verbündeten besprechen.

4. Frage Molotows:

Sowjet-Rußland benötige unter allen Umständen einen freien Durchgang durch die Dardanellen und fordere auch zu seinem Schutze die Besetzung einiger wichtiger Stützpunkte an den Dardanellen bzw. am Bosporus. Sei Deutschland damit einverstanden oder nicht?

Meine Antwort:

Deutschland sei bereit, jederzeit seine Zustimmung zu geben zu einer Aenderung des Status von Montreux zugunsten der Schwarzen-Meer-Staaten. Deutschland sei nicht bereit einzuwilligen in die Besitznahme russischer Stützpunkte an den Meerengen.

Nationalsozialisten!

Ich habe hier jene Haltung eingenommen, die ich als verantwortlicher Führer des Deutschen Reiches, aber auch als verantwortungsbewußter Vertreter der europäischen Kultur und Zivilisation allein einnehmen konnte.

Die Folge war eine Verstärkung der sowjetrussischen gegen das Reich gerichteten Tätigkeit, vor allem aber der sofortige Beginn der inneren Aushöhlung des neuen rumänischen Staates und der Versuch, durch Propaganda die Bulgarische Regierung zu beseitigen.

Mit Hilfe verwirrter, unreifer Köpfe der rumänischen Legion gelang es, in Rumänien einen Staatsstreich zu inszenieren, dessen Ziel es war, den Staatschef General Antonescu zu stürzen, im Lande ein Chaos zu erzeugen, um durch die Beseitigung einer legalen Gewalt die Voraussetzung für das Inkrafttreten des deutschen Garantieversprechens zu entfernen.

Trotzdem glaubte ich noch immer, am besten mein Schweigen beizubehalten.

Sofort nach dem Scheitern dieses Unternehmens fand eine abermalige Verstärkung russischer Truppenkonzentrationen an der deutschen Ostgrenze statt. Panzerverbände und Fallschirmtruppen wurden in immer steigender Zahl in eine bedrohliche Nähe der deutschen Grenze verlegt. Die deutsche Wehrmacht und die deutsche Heimat wissen, daß sich noch bis vor wenigen Wochen nicht eine einzige deutsche Panzer- oder Mot.-Division an unserer Ostgrenze befand.

Wenn es aber eines letzten Beweises für die trotz aller Ablenkung und Tarnung inzwischen eingetretenen Koalition zwischen England und Sowjetrußland bedurft hätte, dann hat sie der jugoslawische Konflikt erbracht.

Während ich mich bemühte, einen letzten Versuch zur Befriedung des Balkans zu unternehmen und in verständnisvoller Zusammenarbeit mit dem Duce Jugoslawien einlud, dem Dreierpakt beizutreten, organisierten in gemeinsamer Arbeit England und Sowjetrußland jenen Hand-

streich, der die damalige verständigungsbereite Regierung in einer Nacht beseitigte. Denn es kann heute dem deutschen Volke mitgeteilt werden: der serbische Staatsstreich gegen Deutschland fand nicht etwa nur unter englischen, sondern im wesentlichen unter sowjetrussischen Fahnen statt. Da wir auch dazu schwiegen, ging aber nunmehr die sowjetische Führung noch einen Schritt weiter. **Sie organisierte nicht nur den Putsch, sondern sie hat wenige Tage später mit den ihr ergebenen neuen Kreaturen das bekannte Freundschaftsabkommen getroffen, das bestimmt war, die Serben in ihrem Widerstandswillen gegen die Befriedung des Balkans zu stärken und gegen Deutschland aufzustacheln.** Und dies war keine platonische Absicht:

Moskau forderte die Mobilisation der serbischen Armee.

Da ich auch jetzt noch glaubte, lieber nicht zu reden, gingen die Machthaber des Kreml noch einen Schritt weiter:

Die Deutsche Reichsregierung besitzt heute die Unterlagen, aus denen erwiesen ist, daß Rußland, um Serbien endgültig in den Kampf zu bringen, die Zusicherung gab, über Saloniki Waffen, Flugzeuge, Munition und sonstiges Kriegsmaterial gegen Deutschland zu liefern.

Und das geschah fast im selben Augenblick, als ich selbst noch dem japanischen Außenminister Dr. Matsuoka den Rat gab, mit Rußland eine Entspannung herbeizuführen, immer in der Hoffnung, damit dem Frieden zu dienen.

Nur der schnelle Durchbruch unserer unvergleichlichen Divisionen nach Skoplje sowie die Einnahme von Saloniki selbst haben die Absichten dieses sowjetrussisch-angelsächsischen Komplotts verhindert. Die serbischen Fliegeroffiziere aber flohen nach Rußland und wurden dort sofort als Verbündete aufgenommen. **Der Sieg der Achsenmächte auf dem Balkan allein hat zunächst den Plan vereitelt, Deutschland in diesem Sommer in monatelange Kämpfe im Südosten zu verstricken und unterdes den Aufmarsch der sowjetrussischen Armeen immer mehr zu vollenden, ihre Kriegsbereitschaft zu verstärken, um dann gemeinsam mit England und unterstützt durch die erhofften amerikanischen Lieferungen das Deutsche Reich und Italien ersticken und erdrücken zu können.**

Damit hat Moskau die Abmachungen unseres Freundschaftspaktes nicht nur gebrochen, sondern in erbärmlicher Weise verraten. Und dies alles, während die Machthaber des Kremls bis zur letzten Minute nach außen hin genau wie im Falle von Finnland oder Rumänien Frieden und Freundschaft heuchelten und scheinbar harmlose Dementis verfaßten.

Wenn ich aber bisher durch die Umstände gezwungen war, immer wieder zu schweigen, so ist doch jetzt der Augenblick gekommen, wo ein weiteres Zusehen nicht nur eine Unterlassungssünde, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk, ja an ganz Europa wäre.

Heute stehen rund 160 russische Divisionen an unserer Grenze. Seit Wochen finden dauernde Verletzungen dieser Grenze staat, nicht nur bei uns, sondern ebenso im hohen Norden wie in Rumänien. Russische Flieger machen es sich zum Vergnügen, unbekümmert diese Grenzen einfach zu übersehen, um uns wohl dadurch zu beweisen, daß sie sich bereits als die Herren dieser Gebiete fühlen. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni haben wieder russische Patrouillen auf deutsches Reichsgebiet vorgefühlt und konnten erst nach längerem Feuergefecht zurückgetrieben werden. Damit aber ist nunmehr die Stunde gekommen, in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten.

Deutsches Volk!

In diesem Augenblick vollzieht sich ein Aufmarsch, der in Ausdehnung und Umfang der größte ist, den die Welt bisher gesehen hat. Im Verein mit finnischen Kameraden stehen die Kämpfer des Siegers von Narwik am nördlichen Eismeer. Deutsche Divisionen unter dem Befehl des Eroberers von Norwegen schützen gemeinsam mit den finnischen Freiheitshelden unter ihrem Marschall den finnischen Boden. Von Ostpreußen bis zu den Karpaten reichen die Formationen der deutschen Ostfront. An den Ufern des Pruth, am Unterlauf der Donau bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres vereinen sich unter dem Staatschef Antonescu deutsche und rumänische Soldaten.

Die Aufgabe dieser Front ist daher nicht mehr der Schutz einzelner Länder, sondern die Sicherung Europas und damit die Rettung aller. Ich habe mich deshalb heute entschlossen, das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches und unseres Volkes wieder in die Hand unserer Soldaten zu legen.

Möge uns der Herrgott gerade in diesem Kampfe helfen!

gez. Adolf Hitler.

Die Note des Auswärtigen Amtes an die Sowjet-Regierung nebst Anlagen.

I.

Als die Reichsregierung, bestimmt von dem Wunsche, zwischen Deutschland und der UdSSR. einen Ausgleich der Interessen zu finden, sich im Sommer 1939 an die Sowjetregierung wandte, war sie sich darüber im klaren, daß die Verständigung mit einem Staate, der einerseits seine Zugehörigkeit zu der Gesellschaft der Nationalstaaten mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten vertrat, der aber andererseits von einer Partei beherrscht wurde, die als Sektion der **Komintern** die Verbreitung der Weltrevolution, also die Auflösung dieser Nationalstaaten anstrebte, keine leichte Aufgabe sein würde. Unter Zurückstellung der schwerwiegenden Bedenken, die sich aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit in der politischen Zielsetzung Deutschlands und Sowjetrußlands und aus dem scharfen Gegensatz der sich diametral gegenüberstehenden Weltauffassungen des **Nationalsozialismus** und des **Bolschewismus** ergaben, hat die Deutsche Reichsregierung diesen Versuch unternommen. Sie ließ sich hierbei leiten von dem Gedanken, daß die durch eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland bedingte Ausschaltung eines Krieges und die damit zu erreichende Sicherstellung der realen Lebensbedürfnisse der beiden sich von jeher freundschaftlich gegenüberstehenden Völker die beste Gewähr gegen eine weitere Ausbreitung der kommunistischen Doktrinen des internationalen Judentums nach Europa bieten würden. Sie wurde in dieser Annahme dadurch bestärkt, daß gewisse Vorgänge in Rußland selbst und gewisse Maßnahmen der Russischen Regierung auf internationalem Gebiet eine Abkehr von diesen Doktrinen und von der bisherigen Methode der Zersetzung fremder Völker zumindest als möglich erscheinen ließen. Die Aufnahme, die der deutsche Schritt in Moskau erfuhr, und die Bereitschaft der Sowjetrussischen Regierung, einen Freundschaftspakt mit Deutschland zu schließen, schienen diesen Wandel zu bestätigen. So kam es am 23. August 1939 zum Abschluß des Nichtangriffspaktes und am 28. September 1939 zur Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsabkommens zwischen den beiden Staaten. Der Kern dieser Verträge bestand

1. in der gegenseitigen Verpflichtung der beiden Staaten, sich nicht anzugreifen und in friedlicher Nachbarschaft zu leben, und

2. in einer Abgrenzung der Interessensphären durch einen Verzicht des Deutschen Reichs auf jede Einflußnahme in Finnland, Lettland, Estland, Litauen und Bessarabien, während die Gebiete des ehemaligen polnischen Staates bis zur Linie Narew—Bug—San auf Wunsch der Sowjets Rußland eingegliedert werden sollten.

Tatsächlich hat die Reichsregierung mit dem Abschluß des Nichtangriffpaktes mit Rußland auch sofort eine **grundsätzliche Umstellung ihrer Politik gegenüber der UdSSR.** durchgeführt und seit diesem Tage eine freundschaftliche Haltung zur Sowjetunion eingenommen. Sie hat die mit der Sowjetunion geschlossenen Verträge sowohl dem Buchstaben als auch dem Geiste nach getreulich erfüllt. Aber auch darüber hinaus hat sie durch die Niederwerfung Polens, d. h. also durch Einsatz deutschen Blutes, der Sowjetunion zu dem seit ihrem Bestehen größten außenpolitischen Erfolge verholfen. Nur durch diese wohlwollende deutsche Politik gegenüber Rußland und durch die überwältigenden Siege der deutschen Wehrmacht ist dies möglich gewesen.

Mit Recht glaubte daher die Reichsregierung annehmen zu dürfen, daß auch die Haltung der Sowjetunion dem Deutschen Reich gegenüber eine gleiche sein würde, zumal während der Verhandlungen, die der Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau führte, und auch bei anderen Gelegenheiten von der Sowjetregierung wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß diese Verträge die Grundlage für einen dauernden Ausgleich der beiderseitigen deutsch-sowjetrussischen Interessen bilden und daß beide Völker unter Respektierung der gegenseitigen Regime und gewillt, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Partners einzumischen. zu einer guten, dauernden Nachbarschaft kommen würden. **Daß die Reichsregierung sich in dieser Annahme gründlich getäuscht hat, sollte sich leider schnell herausstellen.**

II.

Tatsächlich ist die Komintern schon bald nach Abschluß der deutschrussischen Verträge wieder auf allen Gebieten aktiv geworden. Dies trifft nicht nur auf Deutschland allein, sondern auch auf die mit Deutschland befreundeten oder neutralen Staaten und die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete Europas zu. Um nicht offen gegen die Verträge zu verstoßen, wurden nur die Methoden gewechselt und die Tarnung sorgfältiger und raffinierter gestaltet. Durch ständige Anprangerung des angeblichen „imperialistischen Krieges Deutschlands" glaubte man in Moskau offenbar, die Wirkung des Paktabschlusses mit dem nationalsozialistischen Deutschland ausgleichen zu müssen. Die starke und wirksame polizeiliche Abwehrtätigkeit zwang dabei die Komintern dazu, ihre zersetzende und nachrichtendienstliche Tätigkeit nach Deutschland auf Umwegen über Einsatzzentren in den Deutschland benachbarten Ländern zu versuchen. Man bediente sich dabei ehemaliger deutscher kommunistischer Funktionäre, die in Deutschland **Zersetzungsarbeit** und Sabotagevorbereitung zu betreiben hatten. Der GPU-Kommissar Krylow leitete eine systematische Schulungsarbeit zu diesem Zweck. Daneben wurde eine intensive Zersetzungsarbeit nach den von Deutschland besetzten Gebieten, insbesondere nach dem Protektorat und dem besetzten Frankreich, aber auch nach Norwegen, Holland, Belgien usw. betrieben. Die sowjetrussischen Vertretungen, so besonders das Generalkonsulat in Prag, leisteten hierbei wertvolle Hilfestellung. Mit funktechnischen Sende- und Empfangsanlagen wurde

ein eifriger Nachrichtendienst unterhalten, der den vollendeten Beweis für die gegen das Deutsche Reich gerichtete Arbeit der Komintern liefert. Auch über die gesamte sonstige Zersetzungs- und Ausspäharbeit der Komintern liegt ein umfangreiches dokumentarisches Zeugen- und Schriftenmaterial vor. Ferner wurden Sabotagegruppen gebildet, die ihre eigenen Laboratorien unterhielten, in denen sie Brand- und Sprengbomben zur Verübung der Sabotageaktionen herstellten. Solche Anschläge wurden beispielsweise auf nicht weniger als 16 deutsche Schiffe verübt.

Neben dieser Zersetzungs- und Sabotagearbeit stand die **Spionage.** So wurde die Rückführung der Deutschen aus Sowjetrußland dazu ausgenutzt, um diese deutschen Menschen mit den verwerflichsten Mitteln für die Zwecke der GPU. zu gewinnen. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen wurden in schamloser Weise zu Verpflichtungserklärungen für den Dienst in der GPU. erpreßt. Selbst die Sowjetrussische Botschaft in Berlin mit dem Botschaftsrat Kobulow an der Spitze scheute nicht vor rücksichtsloser Ausbeutung der Rechte der Exterritorialität zu Spionagezwecken zurück. Des weiteren bildete das russische Konsulatsmitglied Mochow in Prag den Kopf eines russischen Spionagenetzes, das das ganze Protektorat überzog. Weitere Fälle, in denen der Polizei ein rechtzeitiger Zugriff gelang, lieferten ein klares und eindeutiges Bild über diese umfangreichen sowjetrussischen Machenschaften. Das Gesamtbild zeigt einwandfrei, daß von Sowjetrußland in großem Umfang gegen Deutschland illegale Zersetzung, Sabotage, Terror und kriegsvorbereitende Spionage in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht betrieben wurde.

Was die außerhalb Deutschlands in Europa betriebene Zersetzungsarbeit Sowjetrußlands betrifft, so erstreckte sich diese auf fast alle mit Deutschland befreundeten oder von ihm besetzten Staaten Europas. So wurde beispielsweise in **Rumänien** von der kommunistischen Propaganda durch aus Rußland kommende Flugblätter Deutschland als für alle Schwierigkeiten verantwortlich hingestellt, um so eine antideutsche Stimmung wachzurufen. Das gleiche tritt seit dem Sommer 1940 in **Jugoslawien** deutlich in Erscheinung. Die Flugblätter riefen dort zum Protest auf gegen das Paktieren des Regimes Zvetković mit den imperialistischen Regierungen von Berlin und Rom. Auf einer Versammlung von kommunistischen Parteifunktionären in Agram wurde der ganze Südosten Europas von der Slowakei bis nach Bulgarien als russisches Protektorat bezeichnet, das nach der von ihnen erhofften militärischen Schwächung Deutschlands kommen werde. In der Belgrader Sowjetgesandtschaft ist den deutschen Truppen der dokumentarische Nachweis für den sowjetrussischen Ursprung dieser Propaganda in die Hand gefallen. Während die kommunistische Propaganda in Jugoslawien sich nationalistischer Parolen zu bedienen suchte, wirkte sie in **Ungarn** vor allem unter der ruthenischen Bevölkerung, der sie die kommende Befreiung durch Sowjetrußland vorspiegelte. Besonders lebhaft war die antideutsche Hetze in der **Slowakei,** wo offen für eine Angliederung an Sowjetrußland geworben wurde.

In **Finnland** betätigte sich die berüchtigte „Vereinigung für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion", die im Zusammenwirken mit dem Sender Petroskoi dieses Land zu zersetzen suchte und dabei in durchaus deutschfeindlichem Sinne arbeitete.

In **Frankreich, Belgien** und **Holland** wurde gegen die deutsche Besatzungsmacht gehetzt. In nationaler und panslawistischer Verbrämung wurde die gleiche Hetze im **Generalgouvernement** betrieben. Kaum war **Griechenland** von den deutschen und italienischen Truppen besetzt worden, so machte sich auch dort die sowjetrussische Propaganda ans Werk. Das Gesamtbild zeigt eine in allen Ländern systematisch betriebene Kampagne der UdSSR. gegen den Versuch Deutschlands, eine stabile Ordnung in Europa aufzurichten.

Nebenher geht die direkte propagandistische Gegenaktion gegen die Maßnahmen der deutschen Politik, die diese Maßnahmen als antirussisch zu denunzieren und die verschiedenen Länder für Sowjetrußland gegen Deutschland zu gewinnen sucht. In **Bulgarien** wurde gegen den Beitritt zum Dreierpakt und für einen Garantiepakt mit Rußland agitiert, in **Rumänien** durch Infiltration in die Eiserne Garde und Mißbrauch ihrer Führer, u. a. des Rumänen Groza, der Putschversuch vom 23. Januar 1941 inszeniert, hinter dem als Drahtzieher die bolschewistischen Agenten Moskaus standen. Einwandfreie Beweise liegen der Reichsregierung hierüber vor.

Was **Jugoslawien** anbetrifft, so ist die Reichsregierung in den Besitz von Unterlagen gelangt, wonach der jugoslawische Delegierte Georgević schon im Mai 1940 in Moskau aus einer Unterredung mit Herrn Molotow die Ueberzeugung gewann, daß man dort Deutschland als den „mächtigen Feind von morgen" ansah. Noch eindeutiger war das Verhalten Sowjetrußlands zu den von den serbischen Militärs vorgebrachten Waffenwünschen. Im November 1940 erklärte der sowjetrussische Generalstabschef dem jugoslawischen Militärattaché: „Wir geben alles Angeforderte, und zwar sofort." Preise und Zahlungsweise wurden der Belgrader Regierung freigestellt, und nur eine Bedingung wurde gestellt: **Geheimhaltung gegenüber Deutschland.** Als die Regierung Zvetković später sich den Achsenmächten näherte, begann man in Moskau die Waffenlieferungen zu verschleppen; kurz und bündig wurde dies im sowjetrussischen Kriegsministerium dem jugoslawischen Militärattaché erklärt. Die Inszenierung des Belgrader Putsches vom 27. März dieses Jahres bildete den Höhepunkt dieser konspirativen Tätigkeit serbischer Verschwörer und englisch-russischer Agenten gegen das Reich. Der serbische Leiter dieses Putsches und Führer der „Schwarzen Hand", Herr Simić, befindet sich noch heute in Moskau und entfaltet dort auch jetzt in engster Verbindung mit den sowjetrussischen Propagandastellen eine aktive Tätigkeit gegen das Reich.

Die obigen Feststellungen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der ungeheuer umfangreichen Propagandatätigkeit der UdSSR. in Europa gegen Deutschland. Um daher der Außenwelt einen Gesamtüberblick über die Tätigkeit der sowjetrussischen Stellen in dieser Richtung seit Abschluß der deutsch-russischen Verträge zu geben und ihr ein Urteil

zu ermöglichen, wird die Reichsregierung das ihr zur Verfügung stehende umfangreiche Material der Oeffentlichkeit unterbreiten. Insgesamt muß die Reichsregierung feststellen:

Die Sowjetregierung hatte bei **Abschluß** der **Verträge mit Deutschland** wiederholt die unmißverständliche Erklärung abgegeben, daß sie nicht die Absicht habe, sich direkt oder indirekt in deutsche Angelegenheiten zu mischen. Sie hatte beim Abschluß des Freundschaftsvertrages in feierlicher Form zum Ausdruck gebracht, daß sie mit Deutschland zusammenarbeiten werde, um den wahren Interessen aller Völker entsprechend dem zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen und dieses Ziel so bald als möglich zu erreichen. Diese sowjetrussischen Abmachungen und Erklärungen haben sich, im Lichte der oben erwähnten, im weiteren Verlaufe des Krieges immer klarer zutage getretenen Tatsachen gesehen, als eine **bewußte Irreführung und Täuschung herausgestellt.** Auch alle nur infolge der deutschen freundschaftlichen Haltung erreichten Vorteile haben es nicht vermocht, die Sowjetregierung zu einer loyalen Haltung gegenüber Deutschland zu veranlassen. Die Reichsregierung hat sich vielmehr davon überzeugen müssen, daß die These **Lenins**, wie sie in den „Richtlinien für die Kommunistische Partei in der Slowakei" vom Oktober 1939 ausdrücklich nochmals niedergelegt wurde, und wonach „mit einigen anderen Ländern Pakte abgeschlossen werden können, wenn sie den Interessen der Sowjetregierung und der Unschädlichmachung des Gegners dienen", auch beim Abschluß der Verträge vom Jahre 1939 Pate gestanden hat. Der Abschluß dieser Verträge der Freundschaft war somit für die Sowjetregierung nur ein taktisches Manöver. Das eigentliche Ziel bestand darin, für Rußland vorteilhafte Abmachungen zu erreichen und damit gleichzeitig ein weiteres machtmäßiges Vorgehen der Sowjetunion vorzubereiten. Der Leitgedanke blieb die Schwächung der nichtbolschewistischen Staaten, um sie leichter zersetzen und zur gegebenen Zeit niederschlagen zu können. Mit brutaler Deutlichkeit wird dies in einem nach der Besetzung Belgrads in der dortigen Sowjetgesandtschaft aufgefundenen russischen Schriftstück mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Die UdSSR. wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmächte haben ihre Streitkräfte weiter verzettelt und deshalb wird die UdSSR. plötzlich gegen Deutschland losschlagen". Die Sowjetregierung in Moskau ist der Stimme des russischen Volkes, das mit dem deutschen Volke ehrlich in Frieden und Freundschaft leben wollte, nicht gefolgt, sondern hat die alte bolschewistische Politik des Zweierlei-Gesichts fortgesetzt und damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

III.

Wenn schon die propagandistische Zersetzungsarbeit der Sowjetunion in Deutschland und im übrigen Europa keinen Zweifel an ihrer Einstellung gegenüber Deutschland aufkommen lassen kann, so spricht die Haltung der Sowjetregierung gegenüber Deutschland auf **außen-**

politischem und **militärischem** Gebiet seit Abschluß der deutsch-russischen Verträge eine noch deutlichere Sprache. In Moskau hatte bei Abgrenzung der Interessensphären die Sowjetrussische Regierung dem Reichsminister des Auswärtigen erklärt, daß sie mit Ausnahme der sich damals in einem Zustand der Zersetzung befindlichen Gebiete des ehemaligen polnischen Staates nicht die Absicht habe, die in ihrer Interessensphäre liegenden Staaten zu besetzen, zu bolschewisieren oder zu annektieren. In Wahrheit ist aber, wie der Verlauf der Ereignisse gezeigt hat, die Politik der Sowjetunion in dieser Zeit ausschließlich auf ein Ziel gerichtet gewesen, **nämlich darauf, die militärische Macht Moskaus in dem Raum zwischen Eismeer und Schwarzem Meer überall, wo es ihr möglich erschien, nach Westen vorzuschieben und die Bolschewisierung weiter nach Europa hineinzutragen.**

Die Entwicklung dieser Politik ist durch folgende Etappen gekennzeichnet:

1. Eingeleitet wurde die Entwicklung durch den Abschluß der sogenannten Hilfeleistungspakte mit **Estland, Lettland** und **Litauen** im Oktober und November 1939 und durch Errichtung militärischer Stützpunkte in diesen Ländern.

2. Der nächste sowjetrussische Schachzug galt **Finnland.** Als die sowjetrussischen Forderungen, deren Annahme die Souveränität eines freien finnischen Staates beseitigt hätte, von der Finnischen Regierung abgelehnt wurden, veranlaßte die Sowjetregierung die Bildung der kommunistischen Pseudoregierung Kusinen, und als das finnische Volk jede Verbindung mit dieser Regierung zurückwies, kam es zu dem Ultimatum an Finnland und Ende November 1939 zum Einmarsch der Roten Armee. In dem im März abgeschlossenen finnisch-russischen Frieden mußte Finnland einen Teil seiner südöstlichen Provinzen abtreten, die sofort der Bolschewisierung anheimfielen.

3. Wenige Monate später, d. h. im Juli 1940, ging die Sowjetunion gegen die **baltischen Staaten** vor. Litauen hatte nach dem ersten Moskauer Vertrag zur deutschen Interessensphäre gehört. Auf Wunsch der Sowjetunion verzichtete die Reichsregierung im zweiten Vertrag auf ihre Interessen in dem überwiegenden Teil dieses Landes, wenn auch schweren Herzens um des lieben Frieden wegen zugunsten der Sowjetunion, während ein Streifen des Gebietes noch in der deutschen Interessensphäre verblieb. Nach einem Ultimatum vom 15. Juni wurde das gesamte Litauen, d. h. also auch der in der deutschen Interessensphäre verbliebene Teil Litauens, ohne jede Benachrichtigung der Reichsregierung von der Sowjetunion besetzt, so daß nunmehr die UdSSR. sich unmittelbar an die ganze östliche Grenze Ostpreußens heranschob. Als dann später an Deutschland dieserhalb herangetreten wurde, überließ die Reichsregierung nach schwierigen Verhandlungen und um für eine freundschaftliche Regelung ein weiteres zu tun, auch diesen Teil Litauens der Sowjetunion.

Kurze Zeit darauf wurden in gleicher Weise unter Mißbrauch der mit diesen Staaten abgeschlossenen **Beistandspakte** auch **Lettland** und

Estland militärisch besetzt. Das ganze Baltikum wurde nunmehr entgegen den ausdrücklichen Moskauer Zusicherungen bolschewisiert und wenige Wochen nach der Besetzung kurzerhand von der Sowjetregierung annektiert. Gleichzeitig mit der Annexion erfolgten auf dem ganzen nördlichen Sektor der sowjetrussischen Machtposition gegen Europa die ersten starken Massierungen der Roten Armee.

Daß die wirtschaftlichen Abmachungen Deutschlands mit diesen Staaten, die nach den Moskauer Vereinbarungen nicht beeinträchtigt werden sollten, von der Sowjetregierung einseitig aufgehoben wurden, sei hier nur nebenbei erwähnt.

4. In den Verträgen von Moskau wurde bei der Interessenabgrenzung im ehemaligen polnischen Staatsgebiet ausdrücklich vereinbart, daß keinerlei politische Agitation über diese Interessengrenzen erfolgen, sondern die Tätigkeit der beiderseitigen Okkupationsbehörden sich ausschließlich auf den friedlichen Aufbau dieser Gebiete beschränken sollte. Die Reichsregierung hat die unwiderleglichen Beweise dafür, daß trotz dieser Abmachungen die Sowjetunion schon bald nach der Besetzung dieses Gebietes eine deutschfeindliäe Agitation nach dem Generalgouvernement Polen nicht nur gestattete, sondern sie gleichlaufend mit einer bolschewistischen Propaganda nach dem Gouvernement unterstützte. Auch in diese Gebiete wurden unmittelbar nach der Besetzung starke russische Garnisonen verlegt.

5. Noch während die deutsche Armee im Westen im Kampf gegen Frankreich und England stand, erfolgte der Vorstoß der Sowjetunion gegen den **Balkan.** Während die Sowjetregierung bei den Moskauer Verhandlungen erklärt hatte, daß sie ihrerseits niemals den Anstoß zur Lösung der bessarabischen Frage von sich aus geben würde, erhielt die Reichsregierung am 24. Juni 1940 von der Sowjetregierung die Mitteilung, diese sei nunmehr entschlossen, die bessarabische Frage mit Gewalt zu lösen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der Sowjetanspruch sich auch auf die Bukowina erstrecke, also auf ein Gebiet, das altes österreichisches Kronland war, niemals zu Rußland gehört hatte und über das in Moskau seinerzeit überhaupt nicht gesprochen worden war. Der Deutsche Botschafter in Moskau erklärte der Sowjetregierung, daß ihr Entschluß der Reichsregierung völlig unerwartet komme und zu einer schweren Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaftsinteressen in Rumänien sowie zu einer Störung des Lebens der dortigen starken deutschen Siedlung sowie des Deutschtums in der Bukowina führen müsse. Herr Molotow erwiderte dagegen, daß die Angelegenheit außerordentlich dränge, und daß die Sowjetunion eine Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Frage innerhalb 24 Stunden erwarte. Trotz dieses brüsken Vorgehens gegen Rumänien hat die Reichsregierung auch dieses Mal wieder zur Erhaltung des Friedens und ihrer Freundschaft mit der Sowjetunion zu deren Gunsten eingegriffen. Sie hat der Rumänischen Regierung, die sich um Hilfe an Deutschland gewandt hatte, zum Nachgeben geraten und ihr die Ueberlassung Bessarabiens und der Nordbukowina an Sowjetrußland emp-

fohlen. Mit der zustimmenden Antwort der Rumänischen Regierung wurde der Sowjetregierung von Deutschland die Bitte der Rumänischen Regierung übermittelt, ihr genügend Zeit zur Evakuierung dieser großen Gebiete und zur Sicherstellung von Leben und von Hab und Gut der dortigen Einwohner zu lassen. Wiederum jedoch stellte die Sowjetregierung Rumänien ein Ultimatum und begann bereits vor Ablauf desselben am 28. Juni mit der Besetzung von Teilen der Bukowina und anschließend des gesamten Bessarabiens bis an die Donau. Auch diese Gebiete wurden von der Sowjetunion sofort annektiert, bolschewisiert und damit tatsächlich ruiniert.

Mit der Besetzung und Bolschewisierung der gesamten der UdSSR. von der Reichsregierung in Moskau überlassenen Interessensphäre in Osteuropa und auf dem Balkan hat die **Sowjetregierung klar und eindeutig entgegen den Moskauer Vereinbarungen gehandelt.** Trotzdem hat die Reichsregierung der UdSSR. gegenüber auch dann noch eine mehr als loyale Haltung eingenommen. Sie hat sich im finnischen Kriege und in der baltischen Frage völlig zurückgehalten, sie hat in der bessarabischen Frage den Standpunkt der Sowjetregierung der Rumänischen Regierung gegenüber unterstützt und hat sich mit den von der Sowjetregierung geschaffenen Tatsachen, wenn auch schweren Herzens, abgefunden. Darüber hinaus aber hat sie, um Divergenzen zwischen den beiden Staaten von vornherein möglichst auszuschalten, eine großzügige Umsiedlungsaktion unternommen, durch die sie sämtliche Deutsche aus den von der UdSSR. besetzten Gebieten nach Deutschland zurückführte. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß ein besserer Beweis für ihren Wunsch, zu einer dauernden Befriedung mit der UdSSR. zu kommen, wohl kaum erbracht werden konnte.

IV.

Durch das Vordringen Rußlands nach dem Balkan kamen die territorialen Probleme in diesem Raum ins Rollen. Rumänien und Ungarn wandten sich im Sommer 1940 an Deutschland, um einen Ausgleich ihrer territorialen Streitfragen herbeizuführen, nachdem durch diese Divergenzen, geschürt durch englische Agenten, Ende August eine scharfe Krise entstanden war. Ein unmittelbarer Kriegsausbruch zwischen Rumänien und Ungarn stand bevor. Deutschland, das von Ungarn und Rumänien wiederholt um Vermittlung in ihrem Streit gebeten worden war, rief in dem Wunsch, den Frieden auf dem Balkan zu erhalten, gemeinsam mit Italien die beiden Staaten zu einer Konferenz nach Wien und fällte dort auf deren Bitten am 30. August 1940 den **Wiener Schiedsspruch.** Die neue ungarisch-rumänische Grenze wurde dadurch festgelegt und, um der Rumänischen Regierung zu ermöglichen, die von ihr gebrachten territorialen Opfer gegenüber ihrem Volke zu vertreten und jeden Streit in diesem Raum für die Zukunft auszuschließen, übernahmen Deutschland und Italien die **Garantie** des noch verbleibenden rumänischen Staates. Da die russischen Aspirationen in diesem Raum befriedigt waren, konnte sich diese Garantie in

keiner Weise gegen Rußland richten. Trotzdem erhob die Sowjetunion Beschwerde und erklärte, entgegen ihren früheren Erklärungen, wonach mit der Gewinnung Bessarabiens und der Nordbukowina ihre Aspirationen auf dem Balkan befriedigt waren, ihr weiteres Interesse an den Fragen des Balkans, die zunächst nicht näher definiert wurden.

Von diesem Zeitpunkt an zeichnet sich die gegen Deutschland gerichtete Politik Sowjetrußlands immer deutlicher ab. Die Reichsregierung erhält nunmehr immer konkretere Nachrichten, wonach die bereits seit langer Zeit schwebenden Verhandlungen des englischen Botschafters Cripps in Moskau sich in günstiger Weise entwickeln. Gleichzeitig gelangt die Reichsregierung in den Besitz von Unterlagen über intensive militärische Vorbereitungen der Sowjetunion auf allen Gebieten. Diese Unterlagen werden unter anderem bestätigt durch einen neuerdings in Belgrad aufgefundenen Bericht des jugoslawischen Militärattachés in Moskau vom 17. Dezember 1940, in dem es u. a. wörtlich heißt: „Nach Angaben aus Sowjetkreisen ist die Aufrüstung der Luftwaffe, der Panzerwaffe und der Artillerie auf Grund der Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges in vollem Gange und wird in der Hauptsache **bis zum August 1941** abgeschlossen sein. **Dies ist wahrscheinlich auch die äußerste (zeitliche) Grenze, bis zu der man keine fühlbareren Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik zu erwarten braucht.“**

Trotz der unfreundlichen Haltung der Sowjetunion in der Balkanfrage macht Deutschland nunmehr eine erneute Anstrengung zur Verständigung mit der UdSSR., indem der Reichsaußenminister in einem Brief an Herrn Stalin eine umfassende Darstellung der Politik der Reichsregierung seit den Moskauer Verhandlungen gibt. In dem Brief wird besonders auf folgendes hingewiesen: Bei dem Abschluß des Dreimächtepaktes von Deutschland, Italien und Japan sei übereinstimmend die Auffassung vertreten worden, daß dieser Pakt sich in keine Weise gegen die Sowjetunion richte, sondern daß die freundschaftlichen Beziehungen der drei Mächte und ihre Verträge mit der UdSSR. durch diese Vereinbarung völlig unberührt bleiben sollten. Im Dreimächtepakt von Berlin sei dies auch dokumentarisch zum Ausdruck gebracht worden. Gleichzeitig wird in dem Brief der Wunsch und die Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen möge, das von den Dreierpaktmächten gewünschte freundschaftliche Verhältnis zur Sowjetunion gemeinsam weiter zu klären und in eine konkrete Form zu bringen. Um diese Fragen weiter zu behandeln, lädt der Reichsaußenminister Herrn Molotow nach Berlin ein.

Während des Besuchs von Herrn Molotow **in Berlin muß die Reichs**regierung feststellen, daß Rußland zu einer wirklichen freundschaftlichen **Zusammenarbeit mit den Dreierpaktmächten und mit Deutschland im besonderen nur gewillt ist, wenn dieses bereit ist, den hierfür** von der Sowjetunion **geforderten Preis zu zahlen. Dieser Preis besteht** in einem weiteren Vordringen der Sowjetunion **im Norden und Südosten Europas.** Folgende Forderungen **wurden von Herrn Molotow in**

Berlin und in den anschließenden diplomatischen Besprechungen mit dem Deutschen Botschafter in Moskau gestellt:

1. Die Sowjetunion wünscht, Bulgarien eine Garantie zu geben und darüber hinaus mit diesem Staat einen Beistandspakt nach dem Muster der Beistandspakte im Baltikum, d. h. also mit militärischen Stützpunkten, abzuschließen, während Herr Molotow erklärt, an dem inneren Regime Bulgariens nicht rühren zu wollen. Auch der Besuch des russischen Kommissars Sobolew in Sofia in dieser Zeit galt der Verwirklichung dieses Zieles.

2. Die Sowjetunion verlangt eine vertragliche Abmachung mit der Türkei zum Zweck der Schaffung einer Basis für Land- und Seestreitkräfte der UdSSR. am Bosporus und den Dardanellen auf der Grundlage einer langfristigen Pacht. Für den Fall, daß die Türkei sich hiermit nicht einverstanden erklären sollte, sollen Deutschland und Italien sich den russischen diplomatischen Maßnahmen zur Erzwingung dieser Forderung anschließen. Diese Forderungen laufen auf eine Beherrschung des Balkans durch die UdSSR. hinaus.

3. Die Sowjetunion erklärt, sich abermals von Finnland bedroht zu fühlen und fordert deshalb die völlige Preisgabe Finnlands durch Deutschland, was praktisch die Besetzung dieses Staates und Ausrottung des finnischen Volkes bedeutet.

Deutschland konnte diese russischen Forderungen, die von der Sowjetregierung als Vorbedingung für den Zusammenschluß mit den Dreierpaktmächten bezeichnet wurden, selbstverständlich nicht annehmen. Damit waren die Bemühungen der Dreierpaktmächte um eine Verständigung mit der Sowjetunion gescheitert. Die Folge dieser deutschen Haltung war, daß Rußland seine nun bereits immer offener gegen Deutschland gerichtete Politik intensivierte, und daß seine immer engere Zusammenarbeit mit England klar zutage trat. Im Januar 1941 kam diese ablehnende russische Haltung zum ersten Male auch auf dem diplomatischen Gebiet zum Durchbruch. Als nämlich Deutschland in diesem Monat in Bulgarien gewisse Sicherungsmaßnahmen gegen die Landung britischer Truppen in Griechenland traf, hat der russische Botschafter in Berlin in einer offiziellen Demarche darauf hingewiesen, **daß die Sowjetunion das Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen als Sicherheitszone der UdSSR. ansehe, und daß sie den Ereignissen in diesen Gebieten, die die Interessen dieser Sicherheit bedrohten, nicht teilnahmslos gegenüberstehen könne. Aus diesem Grunde warne die Sowjetregierung vor dem Erscheinen deutscher Truppen in dem Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen.**

Die Reichsregierung hat daraufhin der Sowjetregierung erschöpfend Aufschluß über die Gründe und Ziele ihrer militärischen Maßnahmen auf dem Balkan gegeben. Sie hat darauf hingewiesen, daß Deutschland jeden Versuch Englands, in Griechenland Fuß zu fassen, mit allen Mitteln verhindern werde, daß es aber nicht die Absicht habe, die Meerengen zu besetzen, sondern daß es das türkische Hoheitsgebiet respektieren werde. Der Durchmarsch deutscher Truppen durch Bulgarien könne nicht als eine Verletzung der Sicherheitsinteressen der

Sowjetunion angesehen werden, die Reichsregierung glaube vielmehr, mit diesen Operationen auch den sowjetischen Interessen zu dienen. Nach Durchführung der Operationen auf dem Balkan werde Deutschland seine Truppen von dort wieder zurückziehen.

Trotz dieser Erklärung der Reichsregierung hat die Sowjetregierung ihrerseits unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen an die bulgarische Adresse eine Erklärung veröffentlicht, die einen **direkt feindseligen Charakter gegen das Deutsche Reich** hatte und die darauf hinauslief, daß die Anwesenheit deutscher Truppen in Bulgarien nicht dem Frieden auf dem Balkan, sondern dem Kriege diene. Die Erklärung für diese Haltung gaben der Reichsregierung die sich zu dieser Zeit verdichtenden Nachrichten über eine immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und England. Trotzdem hat Deutschland auch hierzu geschwiegen.

Auf derselben Linie liegt die im März 1941 von der Sowjetregierung der Türkei gegebene Rückendeckung für den Fall, daß diese in den Krieg auf dem Balkan eintreten würde. Dies war, wie der Reichsregierung bekannt, das Ergebnis englisch-russischer Verhandlungen während des Besuches des Britischen Außenministers in Ankara, dessen Bemühungen darauf gerichtet waren, auf diesem Wege Rußland immer enger in die englische Kombination einzubeziehen.

V.

Die sich seit dieser Zeit immer steigernde aggressive Politik der Sowjetregierung gegenüber dem Deutschen Reich und die bisher noch einigermaßen verschleiert durchgeführte politische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und England wird aber mit dem Ausbruch der Balkankrise Anfang April dieses Jahres vor aller Welt offenbar. Es steht heute einwandfrei fest, daß der nach dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreierpakt in Belgrad angestiftete Putsch von England im Einvernehmen mit Sowjetrußland inszeniert wurde. Schon seit langem, nämlich seit dem 14. November 1940, hatte Rußland im geheimen die Aufrüstung Jugoslawiens gegen die Achsenmächte betrieben. Dokumente, die der Reichsregierung nach der Besetzung Belgrads in die Hand gefallen sind, und die über jede Phase dieser russischen Waffenlieferung an Jugoslawien Aufschluß geben, beweisen dies eindeutig. Als dann der Belgrader Putsch gelungen war, **schließt Rußland am 5. April mit der illegalen serbischen Regierung Simović einen Freundschaftspakt,** der den Putschisten den Rücken stärken und dessen Gewicht der gemeinsamen englisch-jugoslawisch-griechischen Front zugute kommen sollte. Mit sichtbarer Genugtuung stellt hierzu der amerikanische Unterstaatssekretär, Herr **Sumner Welles,** nachdem er vorher mehrere Besprechungen mit dem Sowjetbotschafter in Washington gehabt hatte, am 6. April 1941 fest: **der russisch-jugoslawische Pakt könne unter Umständen von größter Bedeutung sein, er stoße auf vielseitiges Interesse, und es lägen Gründe für die Annahme vor, daß er mehr als lediglich ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt sei.**

Zur selben Zeit also, in der deutsche Truppen gegen die sich massierenden englischen Landungen in Griechenland auf rumänischem

und bulgarischem Gebiet zusammengezogen wurden, versucht die Sowjetunion nun schon im klaren Einvernehmen mit England, Deutschland in den Rücken zu fallen, indem es

1. Jugoslawien politisch offen und militärisch im geheimen unterstützt,

2. versucht, die Türkei, durch die Zusicherung der Rückendeckung zu einer aggressiven Haltung gegen Bulgarien und Deutschland zu bewegen und zu einem Aufmarsch der türkischen Armeen in sehr ungünstiger militärischer Position in Thrazien zu veranlassen,

3. selbst eine starke Truppenmacht an der rumänischen Grenze in Bessarabien und an der Moldau konzentriert, und

4. indem plötzlich Anfang April der Stellvertretende Volkskommissar im Außenkommissariat Wyschinski den Versuch unternimmt, in Gesprächen mit dem rumänischen Gesandten Gafencu in Moskau eine Politik der schnellen Annäherung an Rumänien einzuleiten, um dieses Land zum Abfall von Deutschland zu veranlassen. Die englische Diplomatie macht durch die Vermittlung der Amerikaner in Bukarest Anstrengungen in gleicher Richtung.

Die aufmarschierten deutschen Truppen in Rumänien und Bulgarien sollten also nach dem englisch-russischen Plan hier von drei Seiten, nämlich aus Bessarabien, aus Thrazien und aus Serbien-Griechenland angegriffen werden. Nur der Loyalität des Generals Antonescu, der realistischen Einstellung der Türkischen Regierung und vor allem dem schnellen deutschen Zupacken und den entscheidenden Siegen der deutschen Armee ist es zuzuschreiben, daß dieser englisch-russische Plan vereitelt wurde. Wie der Reichsregierung aus Meldungen bekannt geworden ist, sind fast 200 jugoslawische Flugzeuge, besetzt mit sowjetrussischen und englischen Agenten sowie serbischen Putschisten, unter Anführung des Herrn Simić teils nach Rußland, wo diese Offiziere heute in der russischen Armee Dienst tun, teils nach Aegypten geflogen. Schon diese Einzelheit wirft ein besonders charakteristisches Licht auf die enge Zusammenarbeit Englands und Rußlands mit Jugoslawien.

Vergeblich hat die Sowjetregierung verschiedentlich versucht, die wirklichen Absichten ihrer Politik zu verschleiern. Ebenso wie sie noch in der letzten Periode den Wirtschaftsverkehr mit Deutschland aufrecht erhielt, so hat sie auch eine Reihe von Einzelaktionen gemacht, um der Welt ein normales oder gar freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland vorzutäuschen. Dahin gehört z. B. die von ihr vor einigen Wochen vorgenommene Abschiebung des norwegischen, belgischen, griechischen und jugoslawischen Gesandten, das durch den britischen Botschafter Cripps im Einvernehmen mit ihr veranlaßte Stillschweigen der britischen Presse über das deutsch-russische Verhältnis und endlich auch das vor kurzem erschienene TASS-Dementi, das die Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland als völlig korrekt hinzustellen suchte. Diese Tarnungsmanöver, die in so

krassem Gegensatz zu der wirklichen Politik der Sowjetregierung stehen, haben selbstverständlich die Reichsregierung nicht irreführen können.

VI.

Die deutschfeindliche Politik der Sowjetregierung wurde auf militärischem Gebiete begleitet **von einer ständig zunehmenden Konzentrierung der gesamten verfügbaren russischen Streitkräfte auf einer langen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.** Schon zu einer Zeit, als Deutschland im Westen im französischen Feldzug stark engagiert war und als sich im Osten nur ganz geringe deutsche Truppenteile befanden, begann das russische Oberkommando mit der systematischen Verlegung größerer Truppenkontingente an die östliche Reichsgrenze, wobei besondere Massierungen gegenüber Ostpreußen und dem Generalgouvernement, ferner in der Bukowina und in Bessarabien gegenüber Rumänien festgestellt wurden. Auch gegenüber Finnland wurden die russischen Garnisonen ständig verstärkt. Die Verschiebung von immer neuen russischen Divisionen aus Ostasien und dem Kaukasus nach dem europäischen Rußland waren weitere Maßnahmen auf diesem Gebiete. Nachdem die Sowjetregierung seinerzeit erklärt hatte, daß z. B. das Baltikum mit nur ganz geringen Truppen belegt werden würde, erfolgte allein in diesem Raume nach Durchführung der Besetzungsaktion eine sich immer steigernde Konzentration von russischen Truppenmassen, die heute auf 22 Divisionen geschätzt werden. Es ergibt sich somit das Bild, daß die russischen Truppen sich immer näher an die deutsche Grenze heranschoben, obwohl von deutscher Seite keine militärischen Maßnahmen getroffen wurden, mit denen eine solche russische Aktion hätte begründet werden können. Erst dieses russische Verhalten hat die deutsche Wehrmacht zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Ferner haben sich die einzelnen Verbände des russischen Heeres und der Luftwaffe nach vorn aufgeschlossen, und die Flugplätze entlang der deutschen Grenze sind mit starken Verbänden der Luftwaffe belegt. Seit Anfang April sind ebenfalls vermehrte Grenzverletzungen und sich immer steigernde Ueberfliegungen des deutschen Reichsgebietes durch russische Flugzeuge festzustellen. Dasselbe trifft laut Mitteilungen der Rumänischen Regierung auch für das rumänische Grenzgebiet der Bukowina, der Moldau und der Donau zu.

Das Oberkommando der Wehrmacht hat die außenpolitische Leitung des Reiches seit Anfang d. J. wiederholt auf diese immer zunehmende Bedrohung des Reichsgebietes durch die russische Armee hingewiesen und dabei betont, daß diesem Aufmarsch nur aggressive Absichten zugrunde liegen könnten. Diese Mitteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht werden mit allen darin enthaltenen Einzelheiten der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Wenn aber noch die geringsten Zweifel über die Aggressivität des russischen Aufmarsches bestehen konnten, so sind diese durch die Nachrichten, die dem Oberkommando der Wehrmacht in den letzten Tagen zugegangen sind, restlos beseitigt. Nach Durchführung der

russischen Generalmobilmachung sind heute nicht weniger als 160 Divisionen gegen Deutschland aufmarschiert. Die Beobachtungsergebnisse der letzten Tage zeigen, daß die Gruppierung der russischen Truppen und insbesondere der motorisierten und Panzerverbände in einer Weise erfolgt ist, daß das russische Oberkommando zu einem aggressiven Vorgehen gegen die deutsche Grenze an verschiedenen Stellen jederzeit in der Lage ist. Die Meldungen über vermehrte Aufklärungs- und Patrouillentätigkeit sowie täglich eingehende Meldungen über Zwischenfälle an der Grenze und Vorpostengefechte zwischen den beiden Armeen vervollständigen das Bild einer aufs äußerste gespannten militärischen Lage, die jederzeit zur Entladung kommen kann. Die heute aus England kommenden Nachrichten über die Verhandlungen des englischen Botschafters Cripps über eine noch engere Zusammenarbeit zwischen der politischen und militärischen Leitung Englands und Sowjetrußlands sowie der Aufruf des früher immer sowjetfeindlich eingestellten Lord Beaverbrook zur Unterstützung Rußlands mit allen zur Verfügung stehenden Kräften in seinem kommenden Kampf und die Aufforderung an die Vereinigten Staaten, ein gleiches zu tun, beweist eindeutig, welches Schicksal man dem deutschen Volk bereiten möchte.

— — — — — — —

Zusammenfassend hat die Reichsregierung daher folgende Erklärung abzugeben:

Entgegen allen von ihr übernommenen Verpflichtungen und in krassem Widerspruch zu ihren feierlichen Erklärungen hat die Sowjetregierung sich gegen Deutschland gewandt:

Sie hat

1. ihre gegen Deutschland und Europa gerichteten Zersetzungsversuche nicht nur fortgesetzt, sondern seit Kriegsausbruch noch verstärkt; sie hat

2. in sich immer steigerndem Maße ihre Außenpolitik gegen Deutschland feindlich eingestellt, und sie ist

3. mit ihren gesamten Streitkräften an der deutschen Grenze sprungbereit aufmarschiert.

Damit hat die Sowjetregierung die Verträge und Vereinbarungen mit Deutschland verraten und gebrochen. Der Haß des bolschewistischen Moskau gegen den Nationalsozialismus war stärker als die politische Vernunft. In Todfeindschaft steht der Bolschewismus dem Nationalsozialismus gegenüber. Das bolschewistische Moskau ist im Begriff, dem nationalsozialistischen Deutschland in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen.

Deutschland ist nicht gewillt, dieser ernsten Bedrohung seiner Ostgrenze tatenlos zuzusehen. Der Führer hat daher nunmehr der deutschen Wehrmacht den Befehl erteilt, dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten. In dem kommenden Kampf ist sich das deutsche Volk bewußt, daß es nicht nur zum Schutz der Heimat antritt, sondern daß es dazu berufen ist, die gesamte Kulturwelt von den tödlichen Gefahren des Bolschewismus zu retten und den Weg für einen wahren sozialen Aufstieg in Europa frei zu machen.

Berlin, den 21. Juni 1941.

Bericht

des Auswärtigen Amts über die Propaganda und politische Agitation der Sowjetregierung

I.

Das Auswärtige Amt ist im Besitz umfassender Beweise, daß von Moskau aus in dritten Ländern eine großangelegte Wühl- und Umsturzpropaganda in betont deutschfeindlichem Sinne betrieben wird. Der alte Gedanke der Weltrevolution wird unverändert weiterverfolgt. Deutschland aber wird auch nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Freundschaftsabkommens auf eine Stufe mit England und Frankreich gestellt und gilt auch weiterhin als kapitalistischer Staat, der vernichtet werden muß. Die Verträge mit Deutschland dienen hierbei lediglich als taktisches Mittel zur Ausnutzung einer günstigen politischen Konjunktur.

Diese Tendenzen zeigen sich übereinstimmend in der von Sowjetrußland in allen Ländern betriebenen Propaganda. Sie werden besonders klar definiert in den im Oktober 1939 herausgegebenen **„Richtlinien für die innerparteiliche, organisatorische und ideologische Kampagne der Kommunistischen Partei der Slowakei".** Diese Richtlinien knüpfen an einen Ausspruch Lenins an, wonach auch mit einzelnen kapitalistischen Ländern Pakte abgeschlossen werden können, wenn sie den Interessen der Sowjetunion dienen und die Möglichkeit schaffen, den Gegner unschädlich zu machen. Die taktische Zusammenarbeit mit Deutschland, so heißt es in diesen Richtlinien weiter, entspreche völlig diesen Worten Lenins. Das Ziel der sowjetischen Politik wird mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Die Sowjetunion und ihre Rote Armee können sich ohne Verluste bereithalten, im geeigneten Augenblick, an geeigneter Stelle den geschwächten Feind anzugreifen."

Der gleiche Gedankengang kehrt in Flugblättern wieder, die in verschiedensten Ländern Europas verbreitet worden sind. So wird in einem in der Schweiz gedruckten Flugblatt die aktuelle Sowjetpolitik mit einem anderen Ausspruch Lenins umschrieben: „Sobald wir stark genug sein werden, um den gesamten Kapitalismus niederzuschlagen, werden wir ihm sofort an den Kragen gehen."

Auch die in Moskau erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften geben den Kommunisten aller Länder immer wieder die Parole der Welt-

revolution. Bezeichnend ist z. B. ein Leitartikel der Zeitschrift „Internationalnij Majak" (1941 Nr. 1), der unter der Ueberschrift „Die Sache Lenins wird in der ganzen Welt siegen" ausführt: „Unter der Führung des großen Fortsetzers des Werkes Lenins, des Genossen Stalin, schreitet unser Land kühn und überzeugt vorwärts zum Kommunismus. Das internationale Proletariat, die unterdrückten und verelendeten Massen der ganzen Welt wiederholen in fester Hoffnung die prophetischen Leninschen Worte: ‚Soll die Bourgeoisie vorläufig noch wüten, soll sie ruhig Tausende von Arbeitern morden, der Sieg ist mit uns, der Sieg der kommunistischen Weltrevolution ist gewährleistet'." Und weiter: „Unter diesem kämpferischen revolutionären Banner, dem Banner der kommunistischen Internationale vereinen sich die Proletarier und Werktätigen der ganzen Welt zu dem letzten und entscheidenden Schlag gegen den Kapitalismus, für den Sieg der sozialistischen Revolution, für den Kommunismus." (Jahrg. 41 Nr. 4.) Im gleichen Sinne betonen die führenden Persönlichkeiten in Moskau immer wieder die internationale Mission der Sowjetunion: So Molotow in einer Rede vom Dezember 1939: „Für die internationale kommunistische Bewegung ist Stalin nicht nur der Führer des Bolschewismus und der Führer der UdSSR., sondern auch der natürliche Führer des Weltkommunismus"; und in einem Artikel vom März 1940: „Wir werden dem Vermächtnis, daß der Kommunismus stets international bleiben muß, bis ans Ende treu bleiben." Und Stalin sagt in einer Rede im Januar 1940: „Mit Lenins Fahnen haben wir im Kampf für die Oktober-Revolution gesiegt. Mit derselben Fahne werden wir bei der proletarischen Revolution in der ganzen Welt siegen."

Hand in Hand mit dieser Aufhetzung zur Weltrevolution geht eine für das Inland bestimmte und sich ständig verschärfende Kriegs- und Rüstungspropaganda in der Sowjetunion selbst. In zahllosen Reden und Proklamationen wird das Volk zur militärischen Bereitschaft und Einsatzfreudigkeit aufgerufen. Es genügt, in diesem Zusammenhange an das Manifest des Marschalls Budennyj zum Jahreswechsel 1940/41 zu erinnern, in dem die Jugend aufgefordert wird, immer daran zu denken, „daß im Augenblick, in dem fast die ganze Erdkugel vom Kriege ergriffen ist, die Weisung Stalins heilig erfüllt werden muß: Unermüdlich das ganze Land im Zustand ständiger kämpferischer mobilisierter Bereitschaft zu halten. Man muß sich täglich, stündlich der Kriegswissenschaft bemächtigen, indem man sich auf die Erfüllung des Kampfbefehles vorbereitet. Man muß beharrlich daran denken, daß nur ein Krieger, der sich in vollem Umfang der Militärwissenschaften bemächtigt hat, dem Feind den tödlichen Stoß versetzen kann." Ende Mai 1941 schreibt Gebietskommissar Batanow in der „Prawda", es sei notwendig, „daß die Sowjetunion sich von Tag zu Tag auf den Krieg vorbereitet".

Immer wieder bringt die gesamte Sowjetpresse das gleiche Motto: „Unsere Rote Armee ist eine Armee der Weltrevolution und des Weltproletariats."

Diese allgemeinen, überall in Europa propagierten Gedankengänge der fortdauernden Hinarbeit auf die Weltrevolution und die innersowjetische militärische Vorbereitung darauf werden unter dem Eindruck der militärischen Erfolge der Achsenmächte in zunehmendem Maße auf Deutschland abgestellt und in den einzelnen Ländern durch eine konkrete, sich ständig verstärkende Agitation gegen das Reich ergänzt. Alle außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten der verschiedenen europäischen Staaten müssen in diesem Hetzfeldzug Argumente liefern. In **Rumänien** ist die Hetze der Kommunisten nicht einmal in den ersten Monaten nach Abschluß des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages gemildert worden. Von amtlicher rumänischer Seite wurde dem Deutschen Gesandten am 15. Februar 1940 erklärt, die rumänischen Kommunisten seien in ihren Aeußerungen und Rundschreiben stark antinationalsozialistisch und antideutsch; durch die offizielle Politik von Moskau und Berlin ließen sie sich in keiner Weise beeinflussen. In Uebereinstimmmung mit dieser Feststellung betont die kommunistische Propaganda in Rumänien, daß für die innerpolitischen Schwierigkeiten und für die wirtschaftliche Notlage lediglich Deutschland verantwortlich sei. Die durch die Lösung der siebenbürgischen Frage aufgewühlten nationalistischen Leidenschaften werden zur Hetze gegen den Wiener Schiedsspruch und damit gegen die Reichsregierung ausgebeutet. Nach dem Beitritt Rumäniens zum Dreimächtepakt wird — wenn auch vergeblich — versucht, die Bevölkerung gegen die deutschen Truppen aufzuhetzen. Und das alles geschieht mit Druckschriften und Flugblättern, deren Form und Drucktechnik erkennen läßt, daß sie im Ausland hergestellt wurden, und die nach Mitteilung der zuständigen rumänischen Behörden durch Kuriere der Sowjetgesandtschaft nach Bukarest gebracht worden sind.

In **Jugoslawien** läßt sich vom Spätsommer 1940 an gleichfalls eine Wendung der kommunistischen Propaganda in antideutschem Sinne beobachten. In einem Rundschreiben der Verwaltung des Drau-Banat in Laibach an die nachgeordneten Behörden vom 5. August 1940 heißt es, daß nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen die kommunistische Propaganda im Gegensatz zu früher darauf ausgehe, „in Zukunft Manifestationen im feindlichen Sinne gegen Deutschland und Italien zu veranstalten." Diese Behauptung der serbischen Behörden wird durch die besonders in Slowenien verbreiteten kommunistischen Flugblätter bestätigt. So wird in einem anläßlich des Jahrestages des deutsch-russischen Vertrages am 23. August 1940 verbreiteten Flugblatt die Jugoslawische Regierung angegriffen, weil sie eine An-

näherungspolitik an Rom und Berlin betreibe und Jugoslawien „vor den imperialistischen Wagen Deutschlands und Italiens spannen" wolle. Außenpolitisch verlangt diese Propaganda die Anlehnung Jugoslawiens an Rußland. Aehnlich wird in einem im November in Agram vertriebenen kommunistischen Flugblatt Macek angegriffen, weil er das Land „an die faschistischen Imperialisten in Berlin und Rom verkaufen wolle." In einem in Slowenien zirkulierenden Flugblatt zum russischen Revolutionstag am 7. November 1940 wird zum Protest aufgerufen „gegen das Paktieren des Regimes Cvetkoviś mit den imperialistischen Regierungen von Berlin und Rom". Dem gleichen Ziel dienten Massendemonstrationen, die von sowjetischer Seite in Szene gesetzt wurden; als gelegentlich einer solchen Kundgebung von der jugoslawischen Polizei Verhaftungen vorgenommen wurden, stellte sich heraus, daß sich unter den Verhafteten Angestellte der Belgrader Sowjetgesandtschaft befanden.

Mitunter werden in kommnistischen Kreisen offen russische Eroberungsabsichten auf dem Balkan und gegen Deutschland proklamiert. So berichtet die Deutsche Gesandtschaft in Belgrad am 13. September 1940, vor einigen Wochen sei auf einer Tagung kommunistischer Parteifunktionäre in Agram von einem Teilnehmer erklärt worden, „daß nach den aus Rußland eingegangenen Informationen die Gebiete der Slowakei, Ungarns, Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens sowie des zur Zeit von den deutschen Truppen besetzten polnischen Raumes als russisches Protektorat bezeichnet werden sollten. Die Neuregelung könne aber erst nach Eintritt der zu erwartenden militärischen Schwächung Deutschlands durchgeführt werden."

Daß derartige Parolen über ein kommendes Vorhaben Sowjetrußlands gegen Deutschland wirklich von russischer Seite den serbischen Kommunisten und Sowjetfreunden erteilt worden sind, zeitigt ein nach der Besetzung Belgrads in der dortigen Sowjetgesandtschaft aufgefundenes Schriftstück, in dem zusammengefaßt ist, in welcher Weise man russischerseits die Haltung der Sowjetunion nach dem Anschluß Rumäniens an die Achsenmächte den russophilen serbischen Gruppen darstellte. Es heißt in diesem in russischer Sprache abgefaßten, nach seinem Inhalt aus dem Herbst 1940 stammenden Schriftstück:

> „Die UdSSR. wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmächte haben ihre Streitkräfte weiter verzettelt und deshalb wird die UdSSR. plötzlich gegen Deutschland losschlagen. Dabei wird die UdSSR. die Karpathen überschreiten, was das Signal für eine Revolution in Ungarn sein wird, und durch Ungarn werden die Truppen nach Jugoslawien ziehen und an die Adria vordringen, werden den Balkan und den Nahen Osten von

Deutschland trennen. Wann wird das geschehen? In dem Augenblick, den die Sowjets für einen Erfolg dieses Unternehmens am geeignetsten halten! Gleichzeitig damit wird die Revolution in Frankreich ausbrechen.

In Jugoslawien werden die Massen in dem Maße wie sich die heutige wirtschaftliche Lage verschlechtert, immer mehr radikalisiert werden. Wenn der Winter ebenso kalt wie hungrig wird, dann wird Jugoslawien im Frühling zu einem Pulverfaß, an das man nur ein Streichholz zu halten braucht."

In **Bulgarien** wurde der deutsch-sowjetische Freundschaftspakt von der kommunistischen Propaganda als volle Kapitulation Deutschlands vor der Stärke Rußlands ausgegeben und unter ungeheuerlichen Beschimpfungen Deutschlands wurde zur Weiterführung des Kampfes gegen den Faschismus und die deutsch-italienische Aggression aufgerufen. Von bulgarischer amtlicher Seite mußte im Sommer 1940 eine allgemeine Verstärkung der bolschewistischen Propaganda in den südosteuropäischen Staaten festgestellt werden. Auch in Bulgarien suchte sich die bolschewistische Propaganda nationalistischer Parolen zu bemächtigen. So wurde in der Dobrudscha-Frage die maßvolle und verantwortungsbewußte Politik der bulgarischen Regierung als schwächlich gebrandmarkt und die Unterstützung der Sowjetunion für ein weitergehendes Vorgehen in Aussicht gestellt.

In **Ungarn** konnte die bolschewistische Propaganda kaum Helfer finden, da hier die Erinnerung an die Schreckensherrschaft Bela Khuns noch lebendig ist. Um so ungehemmter verfolgt deshalb die Sowjetunion in den im März 1939 Ungarn zurückgegebenen Gebieten mit ruthenischer Minderheit ihre unterirdische Propaganda, die sie hier mit annexionistischen Zielen verbindet. So berichtet z. B. die Amsterdamer Zeitung „Algemeen Handelsblad" am 30. Dezember 1939, daß man in jenen Gebieten überall Sowjetsterne und Hammer- und Sichel-Zeichen auf den Mauern sähe. Es würden fortwährend und in großem Umfang Flugzettel verteilt, die höchstwahrscheinlich aus Rußland eingeschmuggelt seien. Die Flugzettel besagten, daß Väterchen Stalin, der Vater aller Russen und stammverwandten Gruppen, und Bruder Woroschilow das arme unterdrückte ruthenische Volk von seinen ungarischen Gewaltherrschern befreien wollten. Daß die Sowjetunion tatsächlich aggressive Absichten gegen Ungarn hegte, wird in einem in Athen aufgefundenen Bericht des griechischen Gesandten in Ankara vom 3. Februar 1941 bezeugt. Danach hat der Sowjetgesandte seinem griechischen Kollegen gegenüber erklärt, „daß Ungarn **noch** nichts von seiten Rußlands zu befürchten habe", wobei er „das Gegenteil für die Zukunft keineswegs ausschloß".

In der **Slowakei** stand die Propaganda ganz im Geiste der bereits erwähnten „Richtlinien", die ins einzelne gehende Anweisungen für die Arbeit der kommunistischen Partei enthielten. Der Kampf gegen die bestehende Regierung sollte durch Eindringen in die Hlinka-Garde und die staatlichen Gewerkschaften vorangetrieben werden. Tatsächlich ist eine überaus rege Agitation mit Flugblättern, Maueranschriften, Handzetteln und kommunistischen Symbolen betrieben worden, wobei die scharfe antideutsche Tendenz Hand in Hand ging mit Bestrebungen, die offen auf eine Angliederung des Landes an die Sowjetunion hinzielten. Die Leitung der Propaganda durch die Sowjetgesandtschaft in Preßburg ist hier besonders augenfällig in Erscheinung getreten; wie Havas Anfang März 1940 bezeugt, wurde das Agitationsmaterial im Gebäude dieser Gesandtschaft gedruckt. Besonders intensiv waren die sowjetrussischen Umtriebe in der Ostslowakei, wo die verwickelten Volkstumsverhältnisse den Vorwand für nationalistische und panslawistische Parolen boten.

In **Schweden** ist die kommunistische Partei zwar zahlenmäßig nicht besonders groß, doch kommt ihr im Rahmen der internationalen Tätigkeit der Komintern eine besondere Bedeutung zu. Da Schweden das einzige Land Europas ist, das den Kommunismus nicht verboten hat, ist ein Teil der früher in der deutschen Ostmark, der ehemaligen Tschechoslowakei, der Schweiz und Frankreich ausgeübten kommunistischen Tätigkeit nach Schweden verlegt worden. So wird z. B. das früher in Basel erscheinende offizielle Organ der Komintern „Die Rundschau" nunmehr in Stockholm gedruckt. Hauptpropagandaorgan der schwedischen Kommunisten ist die Tageszeitung „Ny Dag", die für die Sowjetunion von besonderer Bedeutung ist, da sie wohl die einzige noch regelmäßig legal erscheinende kommunistische Tageszeitung in einem neutralen Lande Europas darstellt. Die Haltung dieses von Sowjetrußland ausgehaltenen Blattes ist zunehmend deutschfeindlich, überdies wird dafür Sorge getragen, daß die deutschfeindlichen Veröffentlichungen des „Ny Dag" in der ganzen Welt Verbreitung finden. So publizierte das Blatt z. B. Ende April 1941 ein angebliches Manifest der deutschen kommunistischen Jugend, in dem die deutschen Maßnahmen gegen Jugoslawien aufs schärfste verurteilt wurden. Wie für die internationale Weiterleitung dieses deutschfeindlichen Artikels Sorge getragen wurde, schildert die folgende Meldung des Berichterstatters der „New York Times" in Stockholm vom 29. April d. J.: „Die heutige Ausgabe der kommunistischen schwedischen Zeitung wurde den englischen und amerikanischen Zeitungskorrespondenten in verschlossenem Umschlag zugeschickt. Das erwähnte Manifest war blau angestrichen, als legte die schwedische Sektion der kommunistischen Internationale besonderen Wert auf die Veröffentlichung des Manifestes im Ausland. Dieses ungewöhnliche Dokument mit dem

heftigen Angriff auf Hitler und dessen Politik enthält einen klaren Aufruf zum Aufstand und zum Defaitismus. Es droht mit Moskaus Mißbilligung. Das Dokument kommt in Wirklichkeit, so ist die allgemeine Auffassung hier, von der Komintern in Moskau. Beobachter in Stockholm betrachten das Manifest als ein neues und eindrucksvolles Zeichen für die schnelle Verschlechterung der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland."

In **Finnland** war die bolschewistische Propaganda während des finnisch-russischen Krieges zum Stillstand gekommen. Nach Friedensschluß ging die Sowjetgesandtschaft in Helsinki sofort an den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei, die zunächst in Form von kleinen Zellen organisiert wurde. Für die eigentliche Propaganda wurde die „Vereinigung für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion" geschaffen, unter deren Mitgliedern sich — laut finnischem Gerichtsurteil — zahlreiche kriminelle Elemente befanden. Für die Propaganda wurde vom russischen Staatsrundfunk in der Nähe der finnischen Grenze der Sender Petroskoi errichtet, der in zahllosen Agitationssendungen das innerpolitische Leben Finnlands zu stören und die Finnische Regierung ständig unter Druck zu halten suchte. Auch hierbei wird das Ziel verfolgt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und dem Deutschen Reich zu trüben.

In **Frankreich** wurden die Bemühungen französischer Politiker, die nach der Niederlage der 3. Republik die französische Bevölkerung für eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland und der europäischen Solidarität zu gewinnen suchten, von Moskau systematisch gestört. Die Mitglieder der Regierung Pétain wurden als käufliche Verräter und Söldlinge kleiner hochkapitalistischer Gruppen hingestellt. Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten Frankreichs nach der Niederlage wurden ausschließlich auf die Besetzung des Landes durch Deutschland zurückgeführt. Fast alle Flugblätter und illegalen Zeitungen enden mit dem Aufruf zur bolschewistischen Revolution und zur Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, die zur Behebung aller Nöte der Gegenwart führen werde. Auch in **Belgien** und **Holland** ist die antideutsche kommunistische Agitation im gleichen Sinne überaus rege.

Im **Generalgouvernement** hat sofort nach Abgrenzung der deutschen und russischen Interessengebiete die Sowjetpropaganda eingesetzt. Sie wendet sich hier vor allem mit der panslawistischen Idee an den polnischen Nationalismus und sucht sich diesen Kreisen als zukünftigen Befreier von der deutschen Herrschaft vorzustellen. Andererseits verschmähen es die Russen natürlich nicht, sich besonders der Juden für Paßfälschungen und Nachrichtenübermittlung zu bedienen. Neuerdings wird auch der vergebliche Versuch unternommen, mit hetzerischer Zersetzungspropaganda an die deutschen Truppen heranzutreten.

Sogar in **Griechenland** haben nach Berichten des dortigen Bevollmächtigten des Reiches in den wenigen Wochen, die seit dem deutschen Einmarsch verstrichen sind, die Bolschewiken bereits versucht, das von England im Stich gelassene griechische Volk erneut gegen Deutschland und Italien aufzuhetzen. Wie überall in den besetzten Gebieten wird auch hier für den Fall eines deutsch-russischen Krieges die Revolution vorbereitet und der Anschluß an die Sowjetunion als Allheilmittel für die Ueberwindung der Schwierigkeiten verkündet.

So hat die russische Propaganda in allen Ländern Europas die Schwierigkeiten und Umwälzungen, die der Krieg mit sich brachte, für ihre weltrevolutionären Umtriebe auszunutzen versucht. Ueberall ist diese revolutionäre Agitation mit einer von Monat zu Monat zunehmenden Hetze gegen das Reich und seine Versuche, eine neue stabile Ordnung in Europa zu schaffen, verbunden worden.

In genauer Uebereinstimmung mit der vorstehend geschilderten unterirdischen Propaganda stehen die sonstigen Mittel der politischen Agitation, die die Sowjetunion in den genannten Ländern verwendet. So hat Moskau immer wieder versucht, die vermittelnde Rolle Deutschlands bei der Beilegung der territorialen Streitigkeiten zwischen Rumänien, Ungarn und Bulgarien zu stören und den Beitritt der Balkanstaaten zum Dreimächtepakt zu verhindern. Die deutsch-italienische Garantie für die neuen rumänischen Grenzen wurde von der kommunistischen Agitation in eine antirussische Kampfmaßnahme umgefälscht. Gegen den Anschluß Bulgariens an den Dreier-Pakt hat Moskau mit besonderem Nachdruck gearbeitet. Ein Sonderdelegierter der Sowjetunion wurde Ende November 1940 zu König Boris entsandt, um die Annäherung Bulgariens an die Achsenmächte zu hintertreiben und gleichzeitig Bulgarien durch das Angebot eines Garantiepaktes in das sowjetische Fahrwasser zu ziehen. Die Russen versuchten, diese Mission durch Mobilisierung der bulgarischen Kommunisten zu unterstützen, die fingierte Massenpetitionen an die Regierung in Szene setzen mußten. Als wenige Monate später Bulgarien die Zustimmung zum Einmarsch deutscher Truppen erteilte, machte sich die Sowjetregierung, obwohl sie vorher von der Reichsregierung über die Gründe und Ziele der deutsäen Maßnahmen auf dem Balkan auf das genaueste unterrichtet worden war, geradezu zu einem Werkzeug der britischen Propaganda, indem sie in einer gewollt feindlichen öffentlichen Erklärung behauptete, daß die bulgarische Haltung zur Hineinziehung dieses Landes in den Krieg führen würde — eine Behauptung, die inzwischen durch die Tatsachen hinreichend widerlegt worden ist.

In Rumänien verfolgten seit dem Herbst 1940 die russischen Bestrebungen das Ziel, die innerpolitischen Schwierigkeiten des neuen

Regimes in jeder Weise zu verstärken und durch Hervorrufen von Unruhen den Bürgerkrieg vorzubereiten. Schon im November 1940 wurden Kommunisten und bezahlte Agenten in die Legionär-Bewegung eingeschmuggelt, die die inneren rumänischen Gegensätze für die trüben Zwecke Moskaus auszunutzen versuchten. Den Höhepunkt der kommunistischen Aktion, die sich bereits im November 1940 in lokalen Putschplänen insbesondere im Erdölgebiet angekündigt hatte, bildete der Aufstandsversuch der extremen Legionäre am 23. und 24. Januar 1941, der, wie einwandfrei feststeht, weitgehend von bolschewistischen Agenten und lokalen Kommunistenführern ins Leben gerufen worden ist. Nach Scheitern des Putsches flüchteten sich einige Führer des Aufstandes in die Sowjetgesandtschaft, um so ihrer Festnahme zu entgehen. Der Deutsche Gesandte in Bukarest hat am 11. Februar 1941 über die Hintergründe des Putschversuches zusammenfassend folgendes berichtet: „Der Umsturz ist geplant von russischen Elementen, die hierdurch die Brücken bilden wollten nach Bulgarien über Rumänien, sowie durch Agenten des Secret Service. Beide haben die Situation sofort erkannt und haben sie sich zunutze gemacht. Wer ihre Methoden kennt, ist sich vollkommen klar darüber, daß sie ihre Hand im Spiel gehabt haben. Plan: Mache Wirrwarr um jeden Preis, um Rumänien als Wirschafts- und Aufmarschgebiet für Deutschland in Unruhe zu bringen."

Ebenso deutlich zeigen sich die russischen Intrigen in der Haltung Moskaus gegenüber Jugoslawien. Aus aufgefundenen französischen Dokumenten sind der Reichsregierung Aeußerungen des russischen Außenkommissars Molotow bekanntgeworden, die dieser im Mai 1940 gegenüber dem jugoslawischen Delegierten Georgewitsch getan hat und die deutlich beweisen, daß Molotow in den Gesprächen mit Jugoslawien von vornherein bemüht war, sich als gegen Deutschland eingestellt zu zeigen, während er über Frankreich und England in Ausdrücken sprach, „die kein Uebelwollen zeigten". Dabei hat Molotow, wie Georgewitsch berichtet, offen die Möglichkeit angedeutet, daß sich Rußland jedem Vorgehen Italiens und Deutschlands im Donaugebiet widersetzen würde. Ueberdies hat die Sowjetregierung bei dieser Gelegenheit Jugoslawien zu beschleunigter Aufrüstung angetrieben und mitgeteilt, daß sie bereit sei, diese Aufrüstung durch Lieferung von Waffen auf Kredit zu unterstützen.

Georgewitsch hat in Moskau den Eindruck gewonnen, daß man Deutschland dort als den Gegner von morgen ansah. „Schon jetzt ist Deutschland der mächtige Feind, gegen den man sich in Moskau vorbereitet." Auch glaubt der jugoslawische Delegierte sagen zu können, daß man in Rußland „mit allen Mitteln die Deutschland versprochenen Lieferungen zu verlangsamen und nicht zu erleichtern sucht". Von den

militärischen Stellen Belgrads wurde die russische Haltung ähnlich beurteilt. In einer in den Akten des jugoslawischen Generalstabs aufgefundenen Aufzeichnung vom 24. Juni 1940 wird gesagt, daß „die Außenpolitik der UdSSR völlig unabhängig von Deutschland ist und daß daher auch für Deutschland selbst Ueberraschungen nicht ausgeschlossen sind".

Die Grundhaltung Rußlands zeigt sich besonders deutlich in der Frage der russischen Waffenlieferungen an Serbien, worüber die in Belgrad aufgefundenen Akten des serbischen Kriegsministeriums Aufschluß geben:

Entsprechend der Anregung der Sowjetregierung überreicht am 14. November 1940 der serbische Gesandte in Moskau dem Gehilfen des Außenkommissars Wischinski ein Verzeichnis des von Serbien gewünschten Kriegsmaterials. Bereits eine Woche später, am 21. November, wurde dem serbischen Militärattaché vom russischen Generalstabschef die Antwort erteilt: „Wir geben alles Angeforderte und zwar sofort." Das russische Entgegenkommen ging noch weiter: Noch mehr Material könne geliefert werden; auch könne Jugoslawien die Preise und die Zahlungsweise selbst bestimmen. Der jugoslawische Militärattaché konnte melden, daß russischerseits „die Bereitschaft zu einer umfassenden Kriegsversorgung bestehe." Einzige Bedingung der Russen war absolute Diskretion; insbesondere sollte verhindert werden, daß Deutschland, Bulgarien oder Rumänien etwas von den Lieferungen erführen. Seitens des jugoslawischen Militärattachés in Moskau ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, daß diese Verhandlungen ausschließlich über die militärischen Stellen laufen sollten, da sonst Indiskretionen zu befürchten seien. Die Befürchtungen der Militärs gingen vor allem dahin, daß die Achsenmächte von den geplanten Käufen Kenntnis erhalten könnten. Hieraus ist ersichtlich, daß die jugoslawischen Militärkreise die von Rußland angeregte Aufrüstung als eine gegen die Achse gerichtete Maßnahme verstanden. Das Drängen der Russen auf schnellen Abschluß der Verhandlungen äußerte sich weiter darin, daß bereits am folgenden Tage — dem 22. November — vom russischen Generalstab verlangt wurde, schon bis zum nächsten Tage Einzelangaben über den Typ der angeforderten Waffen zu geben. Die Russen betonten dabei, es läge im eigensten Interesse der Jugoslawen, sofort zu antworten. „Jede Verzögerung sei sehr gefährlich." Die Jugoslawen übersandten daraufhin am 23. November die angeforderten Einzelangaben. In den folgenden Wochen werden dann aber die Verhandlungen russischerseits verzögert. Als Begründung gibt man zunächst technische Umstände, später aber auch offen politische Argumente an. Offensichtlich soll der Waffenhandel als Druckmittel gegen

die damals beginnende Annäherung der Cvetković-Regierung an die Achsenmächte benutzt werden. Nachdem einige Wochen mit Versuchen der Behebung der von Rußland vorgeschobenen technischen Gründe vergangen waren, meldet der jugoslawische Militärattaché in Moskau am 4. Februar 1941 wörtlich folgendes: „Am 4. Februar hat mir das sowjetrussische Kriegsministerium mitgeteilt, die Verhandlungen über die Lieferung des Kriegsmaterials seien durch die Unterzeichnung unseres Paktes mit Ungarn und des Handelsvertrages mit Deutschland verzögert worden. Diese Verträge legt man als Abkehr von Rußland aus. Hierin zeigt sich ebenso wie in der Betonung, der Preis spiele keine Rolle, daß sie unseren Wunsch für ein politisches Spiel auszunutzen versuchen." Offenbar ist es unter der Regierung Cvetković nicht zum Abschluß dieser Verhandlungen gekommen.

Bekanntlich wurde der Belgrader Staatsstreich und die Regierung Simowitsch vom russischen Rundfunk und von der russischen Presse lebhaft begrüßt. Zweifellos sind die Putschisten bereits vor dem Umsturz durch Hoffnungen auf russische Hilfe in ihren Plänen bestärkt worden. Die Erwartungen der Simowitsch-Gruppe schienen sich zu erfüllen, als am 5. April 1941 der russisch-jugoslawische Freundschafts- und Nichtangriffspakt in Moskau unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag kann nach der ganzen Lage der Umstände nur als eine direkte Provokation Deutschlands und als eine Ermutigung der antideutschen Haltung der Regierung Simowitsch aufgefaßt werden und hat in der ganzen Weltpresse seinerzeit ein entsprechendes Echo gefunden. Ueberall wird die Unvereinbarkeit dieses Vertrages mit den deutsch-russischen Abmachungen hervorgehoben. Er wird als entscheidende Wendung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen angesehen; es wird sogar von der Möglichkeit eines Kriegseintritts der Sowjetunion gegen Deutschland gesprochen. Der Unterstaatssekretär der Vereinigten Staaten, Sunner Welles, kommentiert den russischen Schritt folgendermaßen, nachdem er vorher mehrere Besprechungen mit dem Sowjetbotschafter in Washington gehabt hatte: „Der jugoslawisch-russische Freundschaftspakt kann unter Umständen von allergrößter Bedeutung sein. Der Pakt wird auf vielseitiges Interesse stoßen. Es sind Gründe vorhanden, um anzunehmen, daß er mehr ist als lediglich ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt." Daß der Vertragsabschluß auch von der Regierung Simowitsch als Aufforderung zum Kampf gegen das Reich verstanden wurde, geht aus einer urkundlich vorliegenden Feststellung des Gesandten Nintschitsch — des Bruders des Außenministers der Staatsstreichregierung — einwandfrei hervor. Für die starke Verbundenheit zwischen Simowitsch und Sowjetrußland spricht weiter der Umstand, daß nach Ausbruch der Kampfhandlungen eine große Anzahl jugoslawischer Militärflugzeuge nach Rußland geflogen sind, um sich

der Vernichtung zu entziehen. Außerdem wurde nach zuverlässigen Nachrichten jugoslawischen Offizieren von der Sowjetregierung die Verwendung im Sowjetdienst angeboten.

Ferner liegen urkundliche Beweise dafür vor, daß Sowjetrußland dem jugoslawischen und griechischen Generalstab Nachrichten über Stand und Bewegung deutscher und italienischer Truppen übermittelt hat. Aus einwandfreier Quelle ist schließlich bekannt geworden, daß die Sowjetregierung am 10. April dem jugoslawischen Gesandten die Lieferung von Kriegsmaterial durch das Schwarze Meer vorgeschlagen hat. Das Kriegsmaterial sollte zunächst nach dem Piräus gebracht werden. Diese Nachricht zeigt, daß die Sowjetregierung den jugoslawischen Kampf gegen das Reich wenigstens durch Waffenlieferungen zu unterstützen und damit dem Reich in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen gewillt war.

Diese ganze Politik beruht offenkundig auf einer politischen und militärischen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit England und neuerdings auch mit Amerika. Ein weiteres Zeichen dieser Zusammenarbeit ist zum Beispiel in der am 18. März ergangenen Verordnung des Außenhandelskommissars Mikojan zu erkennen, wonach der Durchtransport von Kriegsmaterial durch das Gebiet der Sowjetunion verboten wird. Es ist ganz offensichtlich, daß diese Bestimmung, die in erster Linie gegen die Zufuhr Deutschlands aus Ostasien gerichtet ist, einseitig die Interessen der Gegner Deutschlands begünstigt. Sie wird von der englischen und amerikanischen Presse ganz offen in diesem Sinne kommentiert und begrüßt.

Etwa zu gleicher Zeit tritt auch die diplomatische Unterstützung, die Rußland der englischen Regierung auf dem Balkan gewährt, offen zutage. Bekanntlich verfolgte die Reise des englischen Außenministers Eden nach Istanbul den Zweck, eine Balkanfront unter Einbeziehung der Türkei aufzubauen und womöglich auch die Sowjetunion in diesen Kreis einzuspannen, was durch eine Reise Edens nach Moskau angebahnt werden sollte. Wenn auch diese Reise nicht zustandekam, weil die Sowjetunion den Zeitpunkt noch nicht für gekommen ansah, um förmlich auf die Seite der Gegner Deutschlands zu treten, so war Moskau doch entschlossen, in engem Kontakt mit England vorzugehen, was durch die Reise des englischen Botschafters Cripps mit einem russischen Militärflugzeug nach Ankara und durch Vermittlung des dortigen Sowjetbotschafters erreicht wurde. Das Ergebnis dieser Besprechung war die am 25. März 1941 veröffentlichte Erklärung, in der die Sowjetunion unter Berufung auf den bestehenden Nichtangriffspakt der Türkei vollste Neutralität für den Fall etwaiger Konflikte zusicherte. Welches hierbei das Ziel der Sowjetunion war, wurde von dem Korrespondenten der Associated Press in Ankara mit folgenden Worten gekennzeichnet:

„Durch Ausschaltung einer möglichen russischen Gegenaktion für den Fall eines türkischen Kriegseintritts an der Seite Englands arbeitet Moskau zum ersten Male offen und eindrucksvoll gegen die deutsche Diplomatie." Wenn die englischen Kriegsausweitungspläne damals an der realistischen Haltung der Türkei scheiterten, so ändert das nichts an der Tatsache, daß Rußland den englischen Absichten Vorschub leistete. Die gleiche Politik verfolgte Moskau mit mehr Erfolg gegenüber Jugoslawien, als es die Belgrader Putschisten in voller Uebereinstimmung mit England zum Staatsstreich ermunterte und durch Abschluß des Freundschaftsvertrages in ihrem Kriegswillen bestärkte. Seitdem haben sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und England auf politischem und militärischem Gebiet immer enger gestaltet, wie namentlich aus den in letzter Zeit eingegangenen Nachrichten über die Reise des Botschafters Cripps nach London hervorgeht.

Schließlich liegen noch urkundliche Beweise dafür vor, daß auch Verhandlungen zwischen Moskau und Washington im Gange sind, die eine engere politische Verbindung zwischen diesen beiden Staaten zum Ziele haben. Ein vertrauliches Zirkularschreiben, das der Sowjetgesandte in Bukarest am 8. Juni an eine Reihe von ihm politisch nahestehenden Diplomaten gerichtet hat, bezeichnet ein solches Bündnis triumphierend als die größte militärische und wirtschaftliche Macht der Welt.

Berichte

des Oberkommandos der Wehrmacht an die Reichsregierung über den sowjetrussischen Aufmarsch gegen Deutschland.

Oberkommando der Wehrmacht
WFST / Abt. L (1 Op)
Nr. 00 110 a/41 g. Kdos.

F. H. Qu., den 13. 1. 1941

Geheime Kommandosache

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt
z. Hd. Herrn Botschafter Ritter

Nachdem bereits im Herbst des vergangenen Jahres vereinzelt Flugzeuge der UdSSR. die Demarkationslinie nach Westen in großer Höhe überflogen, teilt das Oberkommando der Wehrmacht mit, daß neuerdings am 10. 1. 1941 bei Wojciechowice eine fremde Maschine bis tief über deutsches Gebiet einflog. Flughöhe ca. 1200 m. Gestalt und Abzeichen ließen einwandfrei erkennen, daß es sich um ein Flugzeug der UdSSR. handelte. Das Oberkommando der Wehrmacht wird von Gegenmaßnahmen zunächst absehen, hat aber Anweisung erteilt, etwaige weitere Grenzverletzungen fortlaufend zu melden.

Das Auswärtige Amt wird von hier entsprechend unterrichtet.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrag: gez. Warlimont.

Oberkommando der Wehrmacht
WFST / Abt. L (1 Op)
Nr. 00 369a/41 g. Kdos.

F. H. Qu., den 1. März 1941

Geheime Kommandosache

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt
z. Hd. Herrn Botschafter Ritter

Das Oberkommando der Wehrmacht teilt mit, daß in den Monaten Januar und Februar wiederum, abgesehen von dem im Schreiben vom 13. 1. erwähnten Falle, an den verschiedensten Stellen der Demarkationslinie sowjetrussische Grenzüberflüge stattfanden. Meldungen liegen insbesondere aus der Gegend ostw. Chelm und aus Ostrolenka vor.

Da in dieser Gegend die deutsch-russische Interessengrenze durch den Bug besonders deutlich gekennzeichnet und daher eine Orientierung aus der Luft sehr leicht ist, ist das Oberkommando der Wehrmacht nunmehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß es sich bei den Grenzverletzungen um bewußte Provokationen handelt.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die dem Auswärtigen Amt bekannten Aeußerungen sowjetrussischer Offiziere über deutsch-russische Spannungen hingewiesen, die in ihrer haßerfüllten Art der

deutschfeindlichen Propaganda nicht nur in der russischen Wehrmacht, sondern auch im russischen Volke Vorschub leisten.

Das Oberkommando der Wehrmacht weist auf den Ernst der hierdurch möglicherweise entstehenden Folgen hin.

Die deutsche Luftwaffe ist nach wie vor zur äußersten Zurückhaltung angewiesen worden.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage: gez. J o d l.

Oberkommando der Wehrmacht
WFST / Abt. L (1 Op) F. H. Qu., den 23. April 1941
Nr.: 00 731 a/41 g. Kdos.

G e h e i m e K o m m a n d o s a c h e

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt
z. Hd. Herrn Botschafter Ritter

Fast täglich einlaufende Meldungen über weitere Grenzverletzungen sowjetrussischer Flugzeuge bestätigen die im Schreiben vom 1. 3. dem Auswärtigen Amt übermittelte Auffassung des Oberkommandos der Wehrmacht, daß es sich hierbei um bewußte Provokationen von sowjetrussischer Seite handelt.

Am 11. 4. überflogen 2 2mot. Flugzeuge vom Typ SB 2 die Stadt Belz in großer Höhe. Am 11. 4. wurde je 1 Flugzeug bei Malkinia und Ostrow—Mazowike gesichtet. Ebenfalls wurde am 14. 4. ein sowjetrussisches Flugzeug über Langszorgen gemeldet. Mehrere Flugzeuge überflogen am 15. 4. im Raum Dynow—Lodzina—s. Losko die Interessengrenze. Am 17. 4. wurden allein 8 Flugzeuge über deutschem Gebiet festgestellt, und zwar je 4 bei Deumenrode und Swiddern, am 19. 4. 2 Flugzeuge über Malkinia, ein weiteres in 200 m Höhe (!) über Ostrowice.

Außerdem wurde noch eine Reihe weiterer Flugzeuge gemeldet, deren Nationalität jedoch infolge der Flughöhe nicht einwandfrei erkannt werden konnte. Es besteht jedoch nach Flugrichtung und den bei den dort eingesetzten deutschen Verbänden gemachten Feststellungen kein Zweifel, daß es sich hierbei ebenfalls um Grenzüberflüge durch Flugzeuge der UdSSR. handelt.

Das Oberkomman 'o der Wehrmacht muß nunmehr feststellen, daß die sich ständig steigernden Grenzüberfliegungen nur noch als planmäßiger Einsatz der Luftwaffe der UdSSR. über dem Hoheitsgebiet des Reichs gewertet werden können. Da inzwischen auf Grund der Truppenverstärkungen auf der anderen Seite der deutschen Ostgrenze auch weitere deutsche Verbände zur Sicherung herangeführt werden mußten, ist mit erhöhter Gefahr von folgenschweren Grenzzwischenfällen zu rechnen.

Die Anordnungen des Oberkommandos der Wehrmacht zur äußersten Zurückhaltung sind trotzdem weiterhin in Kraft.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage: gez. Jodl

Oberkommando der Wehrmacht

WFSt/Abt. L (1 Op) F. H. Qu., den 6. Mai 1941

Nr.: 00 805 / 41 g. Kdos.

Geheime Kommandosache

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen

An das

Auswärtige Amt

z. Hd. Herrn Botschafter Ritter

Im Nachgang zum Schreiben vom 23. 4. teilt das Oberkommando der Wehrmacht mit, daß nunmehr auch Grenzverletzungen sowjetrussischer Soldaten in besorgniserregendem Umfange zunehmen.

1. Bereits Anfang Dezember 1940 wurden im Gebiet zwischen Jaroslau und Sokal an verschiedenen Stellen bewaffnete Offiziere und Soldaten gesichtet, die offenbar systematisch das deutsch-russische Grenzgebiet beobachteten. In Einzelfällen wurden fotografische Aufnahmen gemacht. Ob es sich hierbei um Angehörige der sowjetrussischen Wehrmacht oder um Beamte des russischen Zollgrenzschutzes handelt, konnte nicht immer einwandfrei festgestellt werden. In jedem Falle gelang es den Russen, bei Annäherung deutscher Grenzposten in dem dichten Unterholz zu entkommen.

2. Neuerdings wurden gleiche Beobachtungen auch bei Smalodarsen, Kamienczyk, Terespol und Cabuce gemacht. In den drei letzten Fällen handelt es sich um sowjetrussische Offiziere und Soldaten, die mit einem Motorboot am deutschen Bugufer anlegten und anschließend längere Zeit das deutsche Grenzgebiet mit Doppelgläsern absuchten.

3. Unter Bezugnahme auf die fernschriftlich vorausgemeldete Beschießung des Obltn. Dallinger vom Div.-Stab der 291. Div. gibt das Oberkommando der Wehrmacht nachstehend den ausführlichen Bericht des AOK 18 im Wortlaut wieder:

„Der Obltn. d. R. Dallinger, Leiter der Kartenstelle der 291. Inf.-Div., hatte den dienstlichen Auftrag, mit dem Gefr. Gießen der Div.-Kartenstelle die durch Bodensicht und durch die russischen Beobachtungstürme eingesehenen Räume zu überprüfen und genau festzulegen.

Bei Ausübung dieser Tätigkeit in der Nähe des Grenzgrabens wurde Obltn. Dallinger am 25. 4. 41, um 16.30 Uhr, im Raum nordostwärts von Ramutten von einem russischen Posten beschossen. Obltn. Dallinger und der Gefr. Gießen nahmen sofort Deckung, stellten Uhrzeit und genauen Aufenthaltsort fest und setzten darauf ihre Erkundungen, nun-

mehr allerdings in mehr als 100 m Entfernung von der Grenze, fort. Einem in der Nähe befindlichen Beamten der Grenzaufsicht, der durch den Schuß auf den Vorfall aufmerksam gemacht war, hat Obltn. Dallinger den Vorfall sofort mitgeteilt.

Obltn. Dallinger, dem der Verlauf der Grenze genau bekannt war, befand sich einwandfrei auf deutschem Gebiet. Genaue Lageskizze wird beigefügt."

Das Oberkommando der Wehrmacht muß aus diesen Tatsachen in Verbindung mit den zahlreichen sich fortwährend noch steigernden Grenzüberflügen die Ueberzeugung gewinnen, daß die sowjetrussische Heeresleitung alle ihr zur Verfügung stehenden Aufklärungsmittel systematisch einsetzt.

Wenn auch die Anordnungen des Oberkommandos der Wehrmacht, völlige Zurückhaltung zu bewahren, nach wie vor aufrechterhalten werden, so muß das Oberkommando der Wehrmacht doch nachdrücklichst darauf hinweisen, daß sich aus dem Grade des Spannungszustandes, der nunmehr vorliegt, jederzeit bewaffnete Zusammenstöße, auch größeren Umfangs, entwickeln können.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage: gez.: J o d l

Der Chef
des Oberkommandos der Wehrmacht — F. H. Qu., d. 11. Mai 1941
WFST / Abt. L (I Op)
Nr. 00 886/41 g.Kdos.

G e h e i m e K o m m a n d o s a c h e

An den Herrn Reichsminister des Aeußern

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Das Oberkommando der Wehrmacht beobachtet seit Monaten mit ständig wachsender Besorgnis die Entwicklung, die der Aufmarsch russischer Streitkräfte entlang der deutschen Ostgrenze nimmt.

Nach den hier vorliegenden Meldungen befänden sich bei Kriegsausbruch 1939 etwa 77 russische Schützen-Divisionen im europäischen Rußland, davon nur wenig mehr als die Hälfte im west-russischen Grenzraum. Nach Beendigung des Polenfeldzuges erhöhte sich diese Zahl auf 114. Wenn das Oberkommando der Wehrmacht damals eine gewisse Begründung dieser Maßnahmen in der allerdings fast kampflosen Besetzung Ost-Polens durch russische Truppen sah, so mußte es nach planmäßigem Abschluß dieser Operationen mit um so größerem Befremden ein noch weiteres Anwachsen dieser Zahl auf 121 feststellen.

Seit Beginn dieses Jahres aber liefen fast täglich beim Oberkommando der Wehrmacht von allen Teilen der Grenze Meldungen ein, die in ihrer Gesamtauswertung das Bild einer umfassenden russischen Truppenkonzentration an der deutschen Ostgrenze ergaben. Unter rücksichtslosem Abtransport von Schützen, mot.- und Pz.-Divisionen aus dem asiatischen Raum und Kaukasien — besonders nach dem russisch-japanischen Nichtangriffspakt — erhöhte sich die Zahl allein der festgestellten Schützen-Divisionen im europäischen Rußland am 1. 5. 1941 auf 143. Davon befanden sich 119 Divisionen im deutsch-russischen Grenzraum.

Bei den Pz.-Brigaden und Pz.-Divisionen ist diese wachsende Schwerpunktbildung noch erheblich ausgesprochener. Seit Jahresbeginn befinden sich fast sämtliche überhaupt festgestellten mot.- und Pz.-Einheiten in West-Rußland. Hinzu kommen weitere 20 Kav.-Divisionen und mehrere Fallschirm-Bataillone.

Eine gleiche Entwicklung ist auch bei der russischen Luftwaffe zu erkennen. Mit der ständig zunehmenden Anhäufung leichter Fliegerverbände zur Unterstützung des Heeres läßt der rasche Fortgang des Ausbaues der Bodenorganisationen in Grenznähe die Vorbereitung weitreichender Bombenangriffe starker Kampffliegereinheiten in das Deutsche Reich hinein erkennen.

Weiterhin weist das Oberkommando der Wehrmacht erneut auf die wiederholten Aeußerungen höherer sowjetrussischer Offiziere hin, die bei Planspielen und Truppenübungen offen von einer baldigen russischen Offensive sprachen.

Das Oberkommando der Wehrmacht ist durch diese Tatsachen in Verbindung mit den dem Auswärtigen Amt laufend mitgeteilten Grenzverletzungen sowjetrussischer Flugzeuge und Soldaten zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieses, einer Mobilmachung praktisch gleichkommende Ausmaß des russischen Aufmarsches an der deutschen Ostgrenze, nur noch als Vorbereitung für russische Offensivmaßnahmen größten Umfanges gedeutet werden kann. Die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes rückt daher in bedrohliche Nähe.

Der annähernd abgeschlossene Aufmarsch ihrer Wehrmacht ermöglicht der sowjetrussischen Staatsführung dabei die freie Wahl des Angriffsbeginns. Entsprechende deutsche Gegenmaßnahmen werden nunmehr unumgänglich.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

gez. Keitel

Oberkommando der Wehrmacht — F. H. Qu., den 8. Juni 1941
WFST / Abt. L (I Op)

Nr. 001 096a/41 g.Kdos. — Geheime Kommandosache

Betr.: Sowjetrussiche Grenzverletzungen

An das Auswärtige Amt

z. Hd. des Herrn Botschafter Ritter

In der Anlage überreicht das Oberkommando der Wehrmacht eine Zusammenstellung der Grenzverletzungen durch russische Flugzeuge und Soldaten seit Jahresbeginn. Dazu wird bemerkt, daß sich diese Liste auf solche Fälle beschränkt, deren Tatbestand von verschiedener Seite bestätigt wurde. Daß darüber hinaus noch eine Anzahl weiterer Grenzverletzungen vorgekommen sind, wurde bereits im Schreiben vom 23. 4. erwähnt.

Auf die im Schreiben vom 6. 5. aufgezeichneten bedrohlichen Folgen dieser Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze wird aus diesem Anlaß erneut und mit stärkstem Nachdruck hingewiesen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage: gez. J o d l

1 Anlage.

Zusammenstellung der Grenzverletzungen durch russische Flugzeuge und russische Soldaten

Lfd. Nr.	Zeit	Ort	Bemerkungen
1	10. 1.	Wojciechowice	Vermutl. Russe, 1 km tief in dt. Gebiet
2	4. 4.	Belz	
3	4. 4.	Belz	3—4000 m Höhe, 2motorig, vermutl. Typ S B 2
4	11. 4.	Malkinia	Hat sich ½ Stunde auf deutschem Gebiet aufgehalten
5	11. 4.	Ostrow-Mazowike	3000 m Höhe
6	14. 4.	Langszorgen	2mot. russ. Flugzeug
7	15. 4.	Dynow-Lodzina—S Losko	Mehrere Flugzeuge Grenze überflogen
8	17. 4.	Deumenrode	4 Flugzeuge
9	17. 4.	Swiddern	4 einmot. Eindecker, kreisen über Swiddern in 1000 m Höhe
10	19. 4.	Malkinia	Typ J 16 Rada; große Schleife über Bugbrücke
11	19. 4.	Malkinia	Von Osten über Malkinia nach Westen
12	19. 4.	Ostrovide	200 m Höhe, nach Baczi abbiegend, ohne Abzeichen
13	26. 4.	Suwalki	5 Russen mit Fahrzeug; 1 Unterleutnant, 1 Sergeant, 2 Uffz., 1 Mann; waren bewaffnet mit Maschinenpistolen

Lfd. Nr.	Zeit	Ort	Bemerkungen
14	16. 4.	Kamienczyk	Motorboot mit 6 Personen, es wurden vermutlich Aufnahmen gemacht
15	26. 4.	Smalodarsen	2 bewaffnete russische Soldaten; haben Gelände beobachtet
16	27. 4.	Terespol	Motorboot mit 7 Mann; Offiziere suchten das deutsche Grenzgebiet ab
17	27. 4.	Cabuce	Motorboot legte an dem deutschen Bugufer an
18	7. 5.	Turan	1motor. Eindecker
19	9. 5.	Lyck	2motor. Flugzeug
20	9. 5.	Korzew	Abzeichen waren nicht genau zu erkennen
21	9. 5.	Saranaki	Russ. Doppeldecker in 30 m Höhe
22	9. 5.	Radeby	3—4 km über deutschem Gebiet
23	10. 5.	Saranaki	Kreiste 15 Min. über deutsch. Gebiet, wahrscheinl. wurden Aufnahmen gemacht
24	10. 5.	Granne	3 Flugzeuge, Höhe 1500 m
25	10. 5.	Wieska	Einflug aus ostw. Richtung
26	10. 5.	Mogialnice	1 Flugzeug russ. Nationalität
27	19. 5.	Drugen	2 einmot. Flugzeuge, kreisten 2 mal über RAD. Lager
28	21. 5.	Grajewo	einmot. Tiefdecker in 1000 m Höhe
29	24. 5.	Ugniewo (5 km O Ostrow)	3 Doppeldecker
30	24. 5.	Gezjmki-Pozewo	1 russ. Aufklärungsflugzeug (12 bis 1500 m Höhe)
31	24. 5.	Ostrow-Mez	wahrscheinl. gl. Flugzeug wie lfd. 30
32	26. 5.	Ostrow-Maz Zambrow	2 russ. Flugzeuge, einmot. Tiefdecker, mit deutlich erkannten sowjetisch. Hoheitsabzeichen (ca. 300 m Höhe)
33	26. 5.	Zamosc	1 russ. Eindecker
34	26. 5.	Wojciechowice Ostrolenka Zamosc	1 Landflugzeug (Eindecker, Höhe etwa 800 m) das Hoheitsabzeichen der UdSSR., roter Stern, wurde erkannt
35	26. 5.	Narew-Baw (11.40 Uhr)	1 russ. Jagdeinsitzer (J 16) in 2000 m Höhe, überflog Kasernen, Woyiece, Kowo, Bahnhof Ostrolenka
36	26. 5.	Rozan	1 einmot. Flugzeug in 1500 m Höhe
37	26. 5.	Lubicjewo (12.01)	1 russ. Jagdeinsitzer (J 16) in niedriger Höhe in Richtung Lager Komorewo (vermutl. die gleiche Maschine wie lfd. Nr. 34)
38	2. 6.	Wiszniz	1 Flugzeug (etwa 4000 m Höhe), südostw. Biala—Podlaske—Lomaczy

Lfd. Nr.	Zeit	Ort	Bemerkungen
39	2. 6.	Nittken (15 km SO Larys)	1 Flugzeug in etwa 8—9000 m Höhe
40	5. 6.	Sarnaki	1 russ. Flugzeug v. Norden kommend den Bug in größerer Höhe in Richtung Sarnaki (22 km NO Biala—Podlaska)
41	6. 6.	Goworowo	2 russ. Doppeldecker, wahrscheinlich R 5 oder RZ in 500 m Höhe über Goworowo—Ostro—Maz—Ukliewo

GEHEIME KOMMANDOSACHE

Oberkommando der Wehrmacht. Berlin, den 11. 6. 1941
Ausl. Nr. 212/41 g. Kdos. Chefs.

CHEFSACHE

Nur durch Offizier!

An die

Reichsregierung,

über den Herrn Reichsminister des Auswärtigen.

Das Oberkommando der Wehrmacht hat die Reichsregierung fortlaufend darüber unterrichtet gehalten, wie sehr die militärische Haltung Sowjetrußlands in wachsendem Maße einen bedrohlichen Charakter angenommen hat. Wenn die politische Haltung der Sowjet-Union ein wechselndes Gesicht zeigte und die Erfüllung der Verträge auf wirtschaftlichem Gebiet im wesentlichen keine Veranlassung zu Beanstandungen gab, so hat sich doch inzwischen klar erwiesen, daß die militärischen Maßnahmen der Sowjetunion eindeutig auf die Vorbereitung eines Angriffs auf das Deutsche Reich eingestellt sind.

Diese Entwicklung, die zu einem Großaufmarsch der Roten Armee vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee geführt hat, stellt sich wie folgt dar:

Um die Jahreswende 1939/40 bestanden noch keine Besorgnisse für die Sicherheit der deutschen Ostgrenze. Die Sowjet-Union hatte bei der Liquidierung Polens eine äußerlich freundschaftliche Haltung gezeigt. Bereits Anfang 1940 mußte jedoch mit Befremden festgestellt werden, daß die Sowjet-Union nicht nur ihre Westgrenze stark zu befestigen begann, daß sie nicht nur die bekannte tote Zone entlang der Grenze schaffte und die Verlegung der Industrie in das Innere einleitete, sondern daß sie in immer steigendem Maße eine Verstärkung der Grenztruppen vornahm.

Am 1. 9. 39 hatten in dem Gebiet westlich der Linie Archangelsk—Kalinin—Poltawa—Westspitze Krim gestanden:

44 Schützen-Divisonen,
20 Kavallerie-Divisonen und
3 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Aus Anlaß des Polenfeldzuges hat die Sowjet-Union bis zum 28. 11. 39 diese Truppen um 47 Divisionen und motorisierte und Panzer-Brigaden verstärkt auf

76 Schützen-Divisionen,
21 Kavallerie-Divisionen und
17 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Trotz der Beendigung des Polenfeldzuges wurden die Verstärkungen in großem Umfange fortgesetzt. So kamen bis zum 12. 3. 40 mindestens weitere 16, wahrscheinlich sogar 25 Divisionen und motorisierte Brigaden neu hinzu. Die Gesamtstärke der sowjetrussischen Truppen im westlichen Grenzgebiet betrug danach Mitte März 1940:

86—95 Schützen-Divisionen,
22 Kavallerie-Divisionen und
22 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Nachdem anfänglich die Zusammenarbeit der deutschen und sowjetrussischen Stellen an der neuen Grenze im früheren Polen scheinbar förderlich und reibungslos vor sich gegangen war, kam es im Winter 1939/40 immer häufiger zu ernsten Zwischenfällen. (Anlage 1.) Diese Zwischenfälle enthüllten eine ausgesprochene Abneigung und deutschfeindliche Einstellung der sowjetrussischen Grenztruppen. Ihr Verhalten war völlig unbegründet, da man deutscherseits offen seine friedlichen Absichten zeigte und sich um ein friedliches Zusammenleben an der Grenze bemühte. Während die deutschen Grenzverletzungen sich meist als geringfügig und immer als unbeabsichtigt erwiesen, waren die sowjetrussischen Grenzverletzungen viel zahlreicher, ungleich schwerer und hatten häufig Todesfälle auf deutschem Gebiet zur Folge. Erst auf ernstliche Vorstellungen der Deutschen Reichsregierung hin sind die sowjetrussischen Grenzverletzungen wenigstens zeitweise zurückgegangen.

Bei der Besetzung der Baltischen Staaten durch Sowjet-Rußland war durch Verträge eine Höchststärke der Besatzung von insgesamt 70 000 Mann vereinbart worden. Diese Zahl ist zunächst nicht einmal erreicht worden. So war die Stärke der Besatzungsarmee am 28. 1. 39: 53 000 Mann und am 1. 2. 40: 57 500 Mann. Die Besetzung ging widerstandslos vonstatten; auch in der weiteren Besetzungszeit ist es in den besetzten Gebieten niemals zu einem Zustand gekommen, der eine Erhöhung der sowjetrussischen Besatzungszahlen militärisch erforderlich gemacht haben würde. Trotzdem ging die Sowjet-Union, nachdem sie die drei Länder völlig einverleibt hatte, daran, diese Gebiete mit einer überstarken Truppenmacht aller Waffengattungen zu besetzen. Im Frühsommer 1940 hatte die Belegung eine Gesamtstärke von rund 250 000 Mann erreicht; zur Zeit stehen schätzungsweise 650 000 Mann in dem Gebiet der früheren Baltischen Staaten. Eine weitere schwere Bedrohung Deutschlands stellte der Aufmarsch starker russischer Kräfte an der russisch-rumänischen Grenze dar, der im Oktober 1940 begann. Als im September 1940 auf Wunsch der damaligen rumänischen Regierung die Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien erwogen

und später durchgeführt wurde, benutzte die Regierung der UdSSR. diesen Umstand zum Anlaß, erhebliche Truppenmengen des Heeres und der Luftwaffe in Bessarabien und in der Bukowina an der rumänischen Grenze zusammenzuziehen und dort zu belassen. Aufgabe dieser Kräfte war zunächst, durch Ausübung eines Druckes auf die Balkanstaaten den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu mindern und die auf friedliche Durchführung gerichteten Absichten Deutschlands auf dem Balkan zunichte zu machen. Seit dem immer stärker werdenden Auftreten englischer Kräfte in Griechenland bestand jedoch die Aufgabe der an der rumänischen Grenze versammelten russischen Kräfte offensichtlich darin, bei der nach dem Putsch in Belgrad vom 27. März 1941 unvermeidlich gewordenen bewaffneten Auseinandersetzung einzugreifen und, in westlicher Richtung vorstoßend, die Verbindung mit der jugoslawischen Wehrmacht aufzunehmen sowie die deutschen Balkankräfte von ihren Nachschublinien abzuschneiden. Die Voraussetzungen für einen angriffsweisen Einsatz wurden geschaffen, grenznahe Flugplätze angelegt, Versorgungsbasen geschaffen, Panzerverbände herangeführt, die rückwärtigen Verbindungen verbessert und zahlreiche Vormarschmöglichkeiten durch das Gebirge zur Grenze geschaffen. Nur durch die schnellen und entscheidenden deutschen Waffenerfolge wurden diese Pläne durchkreuzt.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Jahre 1940 und 1941 eine ununterbrochene Kette von Verletzungen der deutschen Hoheitsgrenze durch die sowjetrussische Luftwaffe. So ist allein im Monat Mai 1941 die deustche Grenze von sowjetrussischen Flugzeugen 27mal überflogen worden. Auch die Grenzverletzungen durch sowjetrussische Soldaten lebten mit Beginn des Jahres 1941 wieder auf und nehmen allmählich unerträgliche Formen an.

Ein eindringliches Bild der außerordentlichen sowjetrussischen Truppenzusammenziehungen an der Westgrenze gibt die nachstehende Aufstellung aus der Anlage 2:

1. 9. 39:

44 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
3 motorisierte und Panzer-Brigaden
(zus. ca. 65 Divisionen)

28. 11. 39:

76 Schützen-Divisionen,
21 Kavallerie-Divisionen,
17 motorisierte und Panzer-Brigaden
(zus. ca. 106 Divisionen)

1. 5. 41:

118 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
40 motorisierte und Panzer-Brigaden
(zus. ca. 158 Divisionen)

Das Oberkommando der Wehrmacht hat angesichts dieser Truppenverstärkungen der Roten Armee nach und nach erhebliche Kräfte an die deutsche Ostgrenze verlegen müssen. Diese Umgruppierung ist unmittelbar und ausschließlich durch den bedrohlichen sowjetrussischen Aufmarsch veranlaßt worden.

Der Bedrohung, die aus dem Aufmarsch der sowjetrussischen Armee für Deutschland erwächst, entspricht der in ihr hochgezüchtete deutschfeindliche Geist, der dauernd geschürt und wachgehalten wird durch eine feindselige Propaganda. Hierfür liegen zahllose Nachrichten auch von befreundeten und neutralen Beobachtern vor.

Aus Ziffer VI der Anlage 2 ergibt sich, daß der Aufmarsch der Roten Armee im wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden muß. Denn von insgesamt

170 Schützen-Divisionen,
33½ Kavallerie-Divisionen,
46 motorisierten und Panzer-Brigaden

befinden sich im westlichen Grenzgebiet:

118 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
40 motorisierte und Panzer-Brigaden,

im übrigen europäischen Rußland nur:

27 Schützen-Divisionen,
5½ Kavallerie-Divisionen,
1 motorisierte und Panzer-Brigade,

im Fernen Osten lediglich

25 Schützen-Divisionen,
8 Kavallerie-Divisionen,
5 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Es ergibt sich also das Bild, daß der russische Aufmarsch immer näher an die Grenze vorgeschoben worden ist. Die einzelnen Verbände des Heeres und der Luftwaffe haben in sich nach vorne aufgeschlossen: grenznahe Flugplätze sind mit starken Verbänden der Luftwaffe belegt worden. Die Erkundungstätigkeit hat auffallend zugenommen und ist teilweise durch höchste Offiziere mit großen Stäben ausgeführt worden.

Alle diese Tatsachen, verbunden mit dem in der russischen Wehrmacht gezüchteten Vernichtungswillen gegen Deutschland zwingen notwendig zu dem Schluß, daß die Sowjetunion sich bereit macht, in jedem ihr geeignet scheinenden Augenblick zum Angriff gegen das Großdeutsche Reich anzutreten.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel

Oberkommando der Wehrmacht
W F St/Abt. L (I Op)
Nr. 001161/41 g. K.

Berlin, den 20. 6. 1941

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

Geheime Kommandosache

An das Auswärtige Amt

z. Hd. Herrn Botschafter Ritter

Am 17. Juni 1941, um 8.25 Uhr, überschritten bewaffnete russische Soldaten im Abschnitt des deutschen VI. A. K. östlich der Romintener Heide bei Eiszeryszki (15 km westl. Kalvarija) die russische Grenze und bewegten sich sichernd auf deutschem Gebiet. Als deutsche Posten Gewehrschüsse auf die russischen Soldaten abgaben, nahmen sie Deckung. Nach einem kurzen Feuergefecht zogen sich dann die Russen wieder auf ihr Gebiet zurück.

Dieser Vorfall ist im Zusammenhang mit dem gerade gegenüber Ostpreußen besonders massierten Aufmarsch sowjetrussischer Kräfte ein erneutes Anzeichen für die provokativen Absichten Sowjetrußlands.

Seit 11. Juni d. J. sind allein gegenüber dem Grenzabschnitt Suwalki—Memel 20 Inf.-Div., 2 Pz.-Div. und 5 Pz.-Brigaden einwandfrei festgestellt.

In dem weit nach Westen vorspringenden Bogen um Bialystock sind 19 Inf.-Div., 7 Kav.-Div., 1 Pz.-Div. und 5 Pz.-Brigaden zusammengezogen.

Dahinter um Baranowitschi ist eine Reserve-Armee von 10 Inf.-Div. und 2 Pz.-Brig. versammelt.

Daraus geht hervor, daß sich jeden Augenblick eine ungeheure sowjetrussische Truppenmacht, die in 4 Armeen gegliedert ist und

49 Inf.-Div., darunter zahlreiche motorisierte,
3 Pz.-Div.,
12 Pz.-Brigaden und
7 Kav.-Div.

umfaßt, von Osten und Südosten her gegen Ostpreußen und gegen das Mündungsgebiet von Bug und Narew nördlich Warschau in Bewegung setzen kann.

Ein solcher Angriff kann nach den vorliegenden Meldungen über die Belegung der sowjetrussischen Flugplätze nördlich der Pripet-Sümpfe von nahezu 2000 Flugzeugen unterstützt werden.

Daß auch an der gesamten übrigen Ostfront die sowjetrussischen Kräfte in ähnlicher, wenn auch nicht in solch ausgesprochener Masse konzentriert sind, wurde dem Auswärtigen Amt schon am 11. Mai eingehend erläutert. In den letzten Wochen hat sich das Lagebild über den Aufmarsch der Sowjettruppen nur insofern geändert, als in Südbessarabien ausschließlich schnelle Kräfte (Panzer-Div. und -Brigaden sowie motorisierte und Kav.-Div.) versammelt sind, was eindeutig auf offensive Absichten schließen läßt.

Abschließend muß das Oberkommando der Wehrmacht feststellen, daß eine derartige militärische Situation einem Staate gegenüber, mit dem ein Freundschaftspakt besteht, als einzigartig zu bezeichnen ist.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Sowjetrußland diesen Pakt seit Monaten nurmehr als eine Sicherung betrachtet hat, um möglichst ungestört im Sinne Englands den gewaltigsten militärischen Aufmarsch seiner Geschichte gegen Deutschland zu vollziehen.

Die Sicherheit des Reiches macht es erforderlich, diese Bedrohung unverzüglich zu beseitigen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

I. A. gez. Jodl

Anlage 1

Grenzzwischenfälle Winter 1939/1940

25. 12. 39: Bei **Mrzyglod:** Schüsse auf deutschen Zollgrenzschutz bei Festnahme eines militärpflichtigen Russen.

9. 1. 40: **Kuzawka:** Beschießung eines deutschen Zollbeamten.

15. 1. 40: **Gluchow:** Erschießung eines auf deutschem Boden befindlichen Flüchtlings.

26. 1. 40: **Danilowo:** Beschießung einer deutschen Zollstreife.

30. 12. 39: **Wolka-Nadburzna:** Erschießung einer aus der UdSSR. kommenden Frau auf deutschem Boden.

19. 12. 39: **Sokolow:** Beschießung von Flüchtlingen durch russischen Posten mit Leuchtspurmunition. Einschlag auf deutscher Seite 300 m von Grenze.

6. 1. 40: **Rayskle-San:** Ukrainer wird 110 m von Grenze beschossen.

8. 1. 40: **Koytniky-San:** Flüchtling auf deutschem Boden erschossen. — 1 schwer verletzt.

7. 1. 40: **Ostrow-San:** 2 chinesische Hausierer erschossen.

27. 1. 40: **Kankowo:**

1. 2 russ. Grenzposten haben auf unbekannten Grenzgänger geschossen, der auf deutschem Gebiet war und tödlich getroffen wurde,
2. russ. Grenzposten überschritt die Grenzlinie und verschleppte einen jüngeren Grenzgänger.

1. 2. 40: **Ugniewo:** Zollstelle meldet Beschießung deutscher Zollposten durch russ. Grenztruppen.

2. 2. 40: **Sokal:** Russ. Grenzwache erschießt einen Flüchtling auf deutschem Boden sowie eine Frau (Swistawski).

23. 2. 40: **Przemysl:** Bei illeg. Uebertritt wurde eine Frau von russ. Seite aus mit 10 Schüssen beschossen und durch Oberschenkelschuß verwundet.

13. 2. 40: **Sokal:** Jude auf deutschem Boden von russ. Grenzwache erschossen.

8. 3. 40: **Sokal:** 2 Grenzgänger auf deutschem Gebiet beschossen. 1 Grenzgänger getötet.

Vergleichsübersicht über die Verstärkung der Roten Armee seit dem 1. 9. 1939

	Stärke	Im westlichen Grenzgebiet +			Im übrigen europ. Rußland			Ferner Osten			Insgesamt			Bemerkungen
	am:	Schtz. Div.	Kav. Div.	Panzer mot. mech. Brig.	Schtz. Div.	Kav. Div.	Panzer mot. mech. Brig.	Schtz. Div.	Kav. Div.	Panzer mot. mech. Brig.	Schtz. Div.	Kav. Div.	Panzer mot. mech. Brig.	
I	1. 9. 39	44 (2 mot.)	20	3++	33	4½	1++	28 (1 mot.)	8½	1++	105 (3 mot.)	33	5++	Kriegsbeginn
II	28. 11. 39	76	21	17	38	4	7	36	8	7	150	33	31	
	Veränderg. gegen 1. 9. 39	+32	+1	+14	+5	−½	+6	+8	−½	+6	+45	—	+26	Nach dem Polenfeldzug und Einmarsch in das Baltikum vor Beginn des finnischen Krieges
III	12. 3. 40	86—95	22	22	26—31	4	3	34	7	7	146—160	33	32	
	Veränderg. gegen 28. 11. 39	+10 bis +19	+1	+5	−12 bis −7	—	−4	−2	−1	—	−4 bis +10	—	+1	Beendigung des finnischen Krieges
IV	1. 8. 40	83	18	24	34	6	4	34	9	8	151	33	36	
	Veränderg. gegen 12. 3. 40	−3 bis −12	−4	+2	+8 bis +3	+2	+1	—	+2	+1	+5 bis −9	—	+4	Nach Besetzung der ehemaligen rumänischen Landesteile
V	1. 1. 41	92	20	29	29	5	2	29	7	5	150	32	36	
	Veränderg. gegen 1. 8. 40	+9	+2	+5	−5	−1	−2	−5	−2	−3	−1	−1	—	
VI	1. 5. 41	118	20	40	27	5½	1	25	8	5	170	33½	46	
	Veränderg. gegen 1. 1. 41	+26	—	+11+++	−2	+½	−1	−4	+1	—	+20	+1½	+10+++	

Westlich
\+ Linie Archangelsk
Kalinin
Poltawa
Westspitze Krim

++ Pz.-Korps, wieviel Brigaden nicht bekannt

+++ Einschließlich 5 Pz.-Divisionen

Bericht

des Reichsministers des Innern
und des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei
an die Reichsregierung über die gegen Deutschland und
den Nationalsozialismus gerichtete Zerstörungsarbeit der
UdSSR.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 20. Juni 1941

Anbei legen wir einen Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 10. 6. 1941 über die gegen Deutschland und den Nationalsozialismus gerichtete Zersetzungsarbeit der UdSSR. vor.

Der Reichsminister des Innern
gez. Frick

Der Reichsführer ϟϟ und
Chef der Deutschen Polizei
gez. Himmler

An die
Reichsregierung
über den
Herrn Reichsminister des Auswärtigen
Berlin

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 10. Juni 1941

IV E L 17/41 gRS

Geheime Reichssache

Bericht an den Reichsführer ϟϟ und Chef der Deutschen Polizei

Die zersetzende Tätigkeit der kommunistischen Internationale bis zum Abschluß des deutsch-sowjetrussischen Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. 8. 1939 gegenüber den Achsenmächten, insbes. gegen das nationalsozialistische Deutschland, ist allgemein bekannt.

Die Hoffnung, Sowjetrußland würde sich nach Abschluß dieses Paktes entsprechend den Vertragsabmachungen loyal verhalten und die Wühlarbeit gegen das Reich einstellen, war trügerisch. Im Gegenteil: kommunistische Zersetzung, Sabotage- und Terrorversuche und äußerste Forcierung des militärischen, wirtschaftlichen und politischen Nachrichtendienstes waren die unverrückbaren — jedoch erkannten — Ziele der sowjetrussischen Machthaber.

Das einzige, was man geändert hatte, war die Methode, die durch stets neue Formen und raffinierte Tarnungen der Abwehr dauernd neue Aufgaben stellte.

I. Aufbau und Zielsetzung der Komintern

Die kommunistische Internationale (Komintern) ist die sowjetrussische Organisation (Sitz Moskau) mit dem Ziel (§ 1 des Statuts): „Die kommunistischen Parteien aller Länder zu einer Weltpartei zu vereinen, für die Gewinnung der Arbeiterklasse sowie die Grundsätze des Kommunismus und der Diktatur des Proletariats zu kämpfen." (Noch heute gehören Stalin — als 1. Sekretär der kommunistischen

Partei der SU — dem Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern an, ebenso wie Molotow, ferner der deutsche Emigrant Pieck — als Vertreter der deutschen Sektion der kommunistischen Internationale, der franz. Kommunistenführer Thorez und als Vorsitzender der aus dem Reichstagsbrand bekannte bulgarische Terrorist Dimitroff.)

Für die amtlichen Stellen der SU bedeutet die Komintern den unbelasteten — inoffiziellen, d. h. nicht staatlichen Apparat — der für jede Zersetzungsarbeit im internationalen Maßstab eingesetzt werden kann. Neben den Spezialnachrichten- und Spionagediensten wird aber auch die Komintern zu diesen Spezialaufgaben im Ausland angesetzt, so daß eine genaue Trennung bei der Bekämpfung nur schwer durchzuführen ist.

Mit einem intensiven Aufwand an Menschen und Geld wurde gerade während des Krieges die Wühlarbeit der Komintern gesteigert. Ganz Europa wurde mit Aufrufen und Weisungen der einzelnen Ländersektionen überschüttet mit dem Ziel, die Anhänger der kommunistischen Iedologie zu angestrengtester und ausdauerndster Zersetzungsarbeit gegen den „imperialistischen Krieg Deutschlands" anzufeuern, nicht zuletzt, um durch diese Steigerung der Aktivität die für die Sowjetunion vermuteten nachteiligen Wirkungen des Paktabschlusses mit dem nationalsozialistischen Deutschland auszugleichen.

II. Die neue Methode der illegalen Zersetzungsarbeit.

1. Gegen das Reich.

Infolge der rücksichtslosen Bekämpfung und Vernichtung der kommunistischen Partei von 1933 an — als notwendige Folge der kompromißlosen Kampfstellung des Nationalsozialismus waren in der Zeit vor dem Paktabschluß sowohl die schärfsten Bemühungen der Komintern vom Ausland her, als auch die — überwachte — Arbeit kleinerer Restbestandteile der KP, mit ihren AM- und BB-Gruppen (AM = Abteilung für Militärpolitik) (BB = Betriebspionage) umsonst.

Dem gesteigerten Druck der polizeilichen Abwehr gegenüber antwortete die Komintern mit methodischen Anweisungen einer verfeinerten Zersetzungstaktik. Nach dem Beispiel des „Trojanischen Pferdes" sollte noch mehr von innen heraus — nach dem Schulbeispiel des spanischen Bürgerkrieges gearbeitet werden. Durch den Paktabschluß vom 23. 8. 1939 wurde diesem Vorgehen jede propagandistische Resonanz genommen, der das Exekutivkomitee der Komintern mit einer gesteigerten Tätigkeit zur Erneuerung eines umfassenden AM- und BB-Apparates begegnen wollte. Während in den besetzten Gebieten durch die immer noch bestehenden starken Auffangapparate der kommunistischen Parteien selbst die Komintern leichtere Arbeit hatte, kamen ihre Bemühungen gegen das Reich aus dem Stadium des Versuches durch rechtzeitigen Zugriff nie heraus.

Durch fortlaufende Beobachtung wurde festgestellt, daß in den europäischen Ländern die Verbindungsstellen der Komintern erneut stark ausgebaut wurden mit dem alleinigen Ziel, die zersetzende und nachrichtendienstliche Tätigkeit nach Deutschland zu steigern.

So befindet sich eine Hauptverbindungstelle bei der schwedisch-kommunistischen Partei in Stockholm. Diese Stelle ist eine der rührigsten und gefährlichsten Einsatzzentren der Komintern. Ihre Methode gegen das Reich soll aus der Vielzahl des vorliegenden Materials im nachstehenden näher beschrieben werden.

Zur Arbeit gegen das Reich wurden ehem. deutsche kommunistische Spitzenfunktionäre, die in langjähriger Ausbildung in Moskau und anderen Städten Europas geschult waren, bevorzugt benutzt. Sie wurden erstmalig im Jahre 1939 in das Reich eingeschleust. Einem der Gerissensten gelang es, in umfassender Weise mit den von früher her bekannten Genossen in Berlin in Verbindung zu kommen und in systematischer Arbeit in Berliner Großbetrieben, in denen wehrwichtige Arbeit durchgeführt wurde, erneut kommunistische Betriebszellen aufzuziehen. Der eindeutig verfolgte Zweck dieser Unternehmung war, sowohl die Belegschaft zu zersetzen, als sie zur Sabotage anzuleiten und dabei gleichzeitig Betriebsspionage auszuüben. Auf geschickt ausgebauten Kurierwegen wurden fortlaufend Material, Befehle und Geld von den Komintern-Instrukteuren aus Stockholm und Kopenhagen bezogen. Führenden Anteil in der Steuerung dieser im gefährlichen Maße sich ausbauenden Organisation hatte der schwedische Reichstagsabgeordnete Linderoth, der der Vertreter des europäischen Büros der Komintern in Stockholm ist.

Er erledigte besondere Aufträge, die ihm vom Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale für die einzelnen Länder übertragen wurden. Linderoth aktivierte von Stockholm aus in Kopenhagen unmittelbare Beauftragte der Komintern in der Arbeit gegen das Reich, die auch von ihm finanziert wurden. Um die zum Einsatz gelangenden Spitzenfunktionäre, wie z. B. Arthur Emmerlich, geb. 20. 9. 07 in Niederwiesa, oder Willy Gall, geb. 3. 10. 1908 in Falkenstein/Vogtland, oder Rudolf Hallmeyer, geb. 3. 2. 08 in Plauen, oder Heinrich Schmeer, geb. 20. 3. 1906, gegen Zugriffe der Sicherheitspolizei (SD) weitgehend zu schützen, wurden sie über die vermutliche polizeiliche Arbeitsweise von den Beauftragten des Linderoth geschult. Die Schulung wurde durch den hier bestens bekannten Kommissar der GPU — die seit dem 3. 2. 1941 Teil des vereinigten Volkskommissariats für innere Angelegenheiten geworden ist, mit dem Titel „Volkskommissariat für Staatssicherheit" — Dmitrr Fedosejewitsch Krylow betrieben.

Die von den obengenannten Spitzenfunktionären ausgebaute Organisation arbeitete über eine inzwischen in Hamburg fest eingebaute Kurierstelle über Kopenhagen, Stockholm nach Moskau mit dem Ziel, gegen Erhalt von Geldmitteln und Weisungen über den wichtigsten Fabrikations- und Produktionsstand neuartigster Waffen in Deutschland zu berichten.

Der Organisation oblag neben diesen Aufgaben auch die laufende Herstellung zersetzender Flugblätter. Aus dem zuletzt — Ende Mai 1941 — an Emmerlich gelangenden Befehl der Komintern aus Moskau ist auffallend ersichtlich, daß gerade für die nächsten zwei Monate die Entsendung einer größeren Zahl weiterer Instrukteure, aufgegliedert nach den einzelnen Gauen des Reiches, vorbereitet und in Durchführung begriffen war.

Da die fortlaufende Beobachtung durch den Umfang der Organisation nicht mehr in der Lage war, tatsächliche Schäden zu verhindern, erfolgte Ende Mai 1941 rechtzeitig der Zugriff und die Festsetzung sämtlicher Beteiligten.

2. Gegen die von Deutschland besetzten Gebiete.

Die Technik der illegalen Zersetzung durch die Komintern in den von Deutschland besetzten Gebieten verläuft in der Form ähnlich wie oben beschrieben.

Im einzelnen ist hervorzuheben:

a) Im Protektorat.

Bereits vor der Besetzung der ehemaligen Tschecho-Slowakei war die kommunistische Partei sehr rege, die aber vor allem nach Errichtung des Protektorats in ihrer Illegalität voll zur Auswirkung gelangte. In den letzten Jahren waren aus diesem Gebiet laufend kommunistische Funktionäre auf die Lenin-Schule nach Moskau berufen worden, wo sie in einem militär-politischen Unterricht in der Theorie und Praxis des Bürger- und Terrorkrieges geschult wurden.

Diese qualifizierten Funktionäre wurden nach Errichtung des Protektorats in Ansatz gebracht. Sie begannen unverzüglich mit dem Auf- und Ausbau der illegalen KPD. Die Verbindung mit der Komintern und die Ueberwachung und Leitung der Parteiarbeit wurde durch das Generalkonsulat der UdSSR. in Prag aufrecht erhalten und durchgeführt. Als Verbindungsmann zum sowjetrussischen Generalkonsulat arbeitete der Tasskorrespondent und Pressereferent beim sowjetrussischen Generalkonsulat Kurt Beer (Jude!). In Ausübung seiner Funktion erhielt er von der diplomatischen Vertretung russische Zeitungen und kommunistisches Propagandamaterial, das er weisungsgemäß den Spitzenfunktionären der KPD. überließ. Er war auch der Vermittler riesiger Geldbeträge für die Unterstützung der illegalen Parteiarbeit.

Außer dieser Verbindung über das sowjetrussische Generalkonsulat bestand im Protektorat noch eine direkte Funkverbindung der Komintern mit Moskau. Die mit der Leitung dieses Kominterngeheimsenders in Prag beauftragten Funktionäre waren ebenfalls in einem Spezialkursus in Moskau auf der Schule für Radio-Telegraphie ausgebildet. (Diese Schule wird von der Komintern beaufsichtigt und steht unter Bewachung der Roten Armee.) Die Lehrgänge werden auf breitester Basis durchgeführt und haben die Bezeichnung **„Oms"**, **d. h.**

Organisacia mezdunarodnowa sojedinemina (Organisation der internationalen Verbindungen).

Der funktechnische Apparat in Prag, der bis vor einigen Tagen in Tätigkeit war, bestand aus einer großen Sende- und Empfangsanlage.

Auf funkentelegraphischem Wege wurden von Prag aus Berichte über die allgemeine innenpolitische Lage, über die Anleitung und den Verlauf der durch die Partei durchgeführten Aktionen, über die Sitzungen der gesamten Zentralleitung und die dabei getroffenen Entschlüsse sowie über die Lage, Stimmung und Tätigkeit der Partei durchgegeben und entsprechende Befehle und Anweisungen des Exekutivkomitees der Komintern aus Moskau empfangen. Die sichergestellten beiderseitigen Funksprüche sind der vollendete Beweis für die unnachsichtige Revolutionsidee der Komintern, gerichtet auf die Vernichtung des Nationalsozialismus.

b) Im besetzten Teil Frankreichs.

Weiteres Augenmerk hat die Komintern besonders der französisch-kommunistischen Partei geschenkt, zumal Frankreich schon nach Ansicht Lenins das bolschewistische Bollwerk Westeuropas werden sollte. Bei der derzeitigen Zersplitterung und inneren Schwäche Frankreichs hofft die kommunistische Internationale, die vor dem Krieg über eine zahlreiche Anhängerschaft verfügte, zum Erfolg zu gelangen.

Auch hier wieder wurde die einwandfreie Feststellung getroffen, daß die Kommunisten in Frankreich von den diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion in jeder Form mit Geld und Propagandamitteln ausgestattet werden.

Auch hier spielte der Pakt vom 23. 8. 1939 keine Rolle, höchstens insoweit, als man von diesem Zeitpunkt ab in indirekter Arbeit die Aktivität der französischen Kommunisten gegen Deutschland steigerte. Schlagkräftigster und zugleich objektivster Beweis hierfür ist ein bei der Ueberprüfung in Paris sichergestellter Akt der „Sureté nationale" (franz. Geheimpolizei) betr. die franz. Tageszeitung „L'Ordre". Ausweislich der authentischen Unterlagen der franz. Polizei war an der im November 1939 durchgeführten Sanierung neben dem Chef des Pressedienstes der jugoslawischen Gesandtschaft,

Vutzevitsch und
Jaqes Ebstein,

Liebhaber der Lady Stanley, einer Schwester des Lord Derby, der tschech. Jude Otto Katz alias Karl Simon, der im sowjetrussischen Dienst stand, beteiligt. Im November 1939 hat der Sowjetbotschafter Suritz in Paris zusammen mit dem ehem. rotspanischen Minister Negrin und im Januar/Februar 1940 mit dem Sekr. der Botschaft, Biriukoff, den Hauptschriftleiter der Zeitung „Büré", in seiner Villa in Saint Cloud besucht. Bei dieser Gelegenheit wurde vereinbart, daß ein gewisser

Etevenont als offizieller Beauftragter der sowjetrussischen Botschaft in der Verwaltung des „L'Ordre" beschäftigt wird. Die hierfür gewährte Unterstützung wurde Ende März auf 800 000 Frs. monatlich erhöht. Den komm. Führern wurde nach der Auflösung ihrer Partei in Frankreich der ausdrückliche Befehl gegeben, ihren Anhängern Weisung zu erteilen, den „L'Ordre" als deutschfeindlich-zuverlässig zu lesen.

c) In den übrigen besetzten Gebieten.

In Norwegen ist es ebenfalls die Sowjet-Gesandtschaft in Oslo, die den Mittelpunkt der Komintern-Zersetzungspropaganda darstellt. Hier konnten Angehörige der Gesandtschaft bei Ausführung der Tat ermittelt werden.

In Holland, Belgien, im ehem. Jugoslawien ist die gleiche Arbeitsmethode, wie gegen das Reich zum Einsatz gebracht, bewiesen.

Es würde den gestellten Rahmen dieses Kurzberichts weit überschreiten, wenn das umfangreiche dokumentarisch belegte Zeugen- und Schriftmaterial, was über die Zersetzungs- und Ausspähungsarbeit der Komintern im einzelnen vorliegt, erschöpfend angeführt würde.

Wichtig hervorzuheben bleibt die immer wieder festzustellende Erkenntnis, daß das Verhalten der Sowjetunion gegenüber dem Reich und von ihm besetzten Gebieten unaufrichtig und die Zersetzungsarbeit der Komintern seit 1940 fieberhaft zugenommen hat.

III. Sabotage durch die Komintern.

Bereits ein Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges war die Komintern dazu übergegangen, erprobte Kommunisten aller Sektionen nach Sowjetrußland zu beordern und sie dort auf den einschlägigen Schulen insbes. im Sabotage- und Sprengstoffwesen zu unterrichten. So wurden seit dem Jahre 1930 die sogenannten militärpolitischen Schulungskurse in Moskau mit besonderer Intensität wieder aufgenommen und bis heute nicht wieder eingestellt. Da die Komintern bei Verwirklichung ihrer weltpolitischen Machtgelüste stets mit der Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung rechnete, gab sie auf ihren Weltkongressen Richtlinien heraus, die eindeutig ihre Anhänger zur Durchführung von Terror- und Sabotageakten aufforderten und diese Gewaltverbrechen als politische Notwendigkeit hinstellten.

Die Vielzahl der von der Sicherheitspolizei (SD.) im Reichsgebiet aufgedeckten Terror- und Sabotagegruppen, die auf Befehl der Komintern gegründet worden sind, ist bezeichnend für die Haltung der SU. dem Reich gegenüber. Sabotageanschlagsvorbereitungen gegen kriegswichtige Objekte, Brücken, Sprengungen wichtiger Eisenbahndurchgangsstrecken, Zerstörung und Lahmlegung bedeutender Industrieanlagen sind Angriffsziele dieser rein kommunistischen Gruppen gewesen, die bei Durchführung dieser Aktionen auch davor nicht zurückschreckten, Menschenleben zu vernichten. Neben den Aufträgen zur Ausübung von Sabotageakten erhielten die Täter Anweisung zur Durchführung von Attentaten gegen führende Persönlichkeiten des Reiches.

Obwohl angenommen werden konnte, daß die Serie dieser von der Komintern durchgeführten bzw. in Vorbereitung befindlichen Gewaltverbrechen mit Abschluß des deutsch-russischen Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 ihren Abschluß finden würde, haben sich durch die umfassenden Ermittlungen, insbes. auch in den von Deutschland besetzten Gebieten, Beweise ergeben, daß die Komintern nicht gewillt ist, ihre verbrecherische Tätigkeit gegen das Reich einzustellen.

Neben den von England auf Weisung des Secret Service gebildeten Schiffssabotagegruppen, deren Ziel schon im Frieden die Vernichtung deutschen Schiffsraums war, bestand eine noch weit verzweigtere von der Komintern aufgezogene Terrororganisation, deren Aufgabe hauptsächlich in der Vernichtung der Schiffe derjenigen Staaten bestand, die seinerzeit im Antikominternblock zusammengeschlossen waren.

Nachweisbar waren Mitglieder dieser Organisation bis Ende 1940 tätig und versuchten, von Dänemark aus erneut ins Reichsgebiet hineinzuarbeiten. Leiter dieser Organisation war der deutsche Emigrant

Ernst Wollweber,

der 1931 Mitglied der Reichsleitung der RGO. (Rote Gewerkschafts-Oppostion) war und im November 1932 als Abgeordneter der KPD. in den Reichstag gewählt wurde. Wollweber übernahm nach seiner Emigration nach Kopenhagen im Jahre 1933 die Leitung der ISH., die als Berufsinternationale der Seeleute und Hafenarbeiter die Trägerin der von der Komintern angeordneten Sabotageaktionen, insbesondere gegen deutsche Schiffe, ist. Er ist maßgeblich verantwortlich für den Aufbau und aktiven Einsatz der auf Weisung Moskaus gebildeten Sabotagegruppen in Deutschland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und den ehemals baltischen Randstaaten. Im großen Maßstab überwachte er die Beschaffung und den Transport von Sprengstoffen und anderem Sabotagematerial und verfügte über die in reichem Maße zur Finanzierung der Organisation und zur Entlohnung der Agenten von der Komintern bereitgestellten Geldmittel. Wollweber floh nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Oslo im Mai 1940 nach Schweden, wo er sich bis zum heutigen Tage in Stockholm in Haft befindet. Von seiten der Sowjetregierung sind bei der schwedischen Regierung Schritte unternommen worden, Wollweber nach Sowjetrußland auszuliefern, zumal ihm inzwischen wegen seiner erfolgreichen Arbeit für die Komintern die sowjetische Staatsangehörigkeit zuerkannt worden ist.

Auf die Tätigkeit dieser über ganz Europa verbreiteten kommunistischen Terrorgruppen sind fortlaufend Sabotageanschläge auf

16 deutsche,
3 italienische,
2 japanische Schiffe

zurückzuführen, die in 2 Fällen zum Totalverlust wertvollster Schiffe führten. Während die Täter zuerst die Vernichtung der Schiffe durch

Brandsätze herbeizuführen versuchten, gingen sie, da diese Methode meist nicht zum Totalverlust der Schiffe führte, in neuester Zeit dazu über, Sprengstoffanschläge gegen die in der Ost- und Nordsee verkehrenden Schiffe durchzuführen. Ihre Hauptstützpunkte befinden sich insbesondere in den Häfen Hamburg, Bremen, Danzig, Rotterdam, Amsterdam, Kopenhagen, Oslo, Reval und Riga.

Die in Holland, Belgien und Frankreich gebildeten kommunistischen Sabotagegruppen standen unter der Leitung des holländischen Kommunisten

Josef Rimbertus Schaap,

der als Leiter des Interklubs in Rotterdam tätig war und engste Verbindung mit den Spitzenfunktionären der Gesamtorganisation in Skandinavien unterhielt. Ihm unmittelbar unterstellt war der frühere Hamburger RFB.-Organisationsleiter

Karl Bargstädt,

dem in der Gesamtorganisation die technische Durchführung der Sprengstoffanschläge oblag. Das für die Sabotageakte notwendige Sprengmaterial stammte aus nordskandinavischen Erzminen und wurde den kommunistischen Sabotagegruppen in Holland, Belgien und Frankreich durch holländische Seeleute über den norwegischen Erzhafen Narvik und den schwedischen Erzhafen Lulea zugeführt. Als einer der markantesten Sprengstoffkuriere konnte der holländische Kommunist

Willem van Vreeswijk

in Rotterdam festgenommen werden.

Sowohl die holländische als auch die belgische Gruppe unterhielten einige Laboratorien, in denen sie Brand- und Sprengbomben herstellten. Die Sabotageanschläge auf den italienischen Dampfer „Boccaccio" und den japanischen Dampfer „Kasij Maru" sind auf die Tätigkeit dieser Gruppen zurückzuführen. Vorbereitete Sabotageaktionen gegen deutsche Schiffe in den Häfen von Amsterdam und Rotterdam konnten rechtzeitig entdeckt und verhindert werden.

Im Zuge der weiteren Ermittlungen gelang es der Sicherheitspolizei (SD) 24 kommunistische Terroristen festzunehmen, unter denen sich auch der Leiter der holländischen Sabotagegruppe

Achille Beguin

und der Leiter der belgischen Sabotagegruppe

Alfons Fictels

befinden.

Schaap selbst konnte am 1. 8. 1940 von der dänischen Polizei in Kopenhagen festgenommen werden, als er im Begriff war, die schon in Dänemark bestehende Schiffssabotageorganisation erneut in Aktion zu setzen.

Wie sehr die Komintern bestrebt ist, auch im Ostseeraum die deutsche Schiffahrt durch Sabotageakte vernichtend zu treffen, geht daraus hervor, daß es in den Monaten Februar bis April 1941 der Sicherheitspolizei (SD) zusammen mit der dänischen Polizei gelang, führende Funk-

tionäre der Kommunistischen Partei Dänemarks festzunehmen, die kommunistische Sabotagegruppen aktiv handelnd unterstützt haben. Unter ihnen befinden sich u. a. das Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Dänemarks und der Generalsekretär der ISH.

Richard Jensen,

der Redakteur der dänischen kommunistischen Zeitung „Arbeiterblatt" in Kopenhagen

Thöger Thögersen

und das Vorstandsmitglied des Bundes der Freunde der Sowjetunion Dänemarks, der Halbjude

Otto Melchior.

Auf das Konto der kommunistischen Sabotagegruppe in Dänemark sind insbesondere die Anschläge auf den deutschen Dampfer „Saar" im Hafen von Reval und den deutschen Frachtdampfer „Phila" im Hafen von Königsberg zurückzuführen, wobei bei letzterem durch eine heftige Explosion ein großes Leck in der Schiffswand des Vorderschiffes in Höhe der Wasserlinie entstand, die Anbordbringung der chemischen Zeitzünderpackung erfolgte im Hafen von Riga.

Von der dänisch-kommunistischen Organisation verwandte chemisch-mechanische Zündsprengstoffe und Zündschnüre kamen aus Schweden und wurden jeweils durch besonderen Kurier aus einem Herrenbekleidungsgeschäft in Malmö, wo sie lagerten, nach Kopenhagen transportiert.

Wichtigste Hinweise für die Arbeit der Komintern gegen Deutschland haben sich auch durch die Aussagen weiterer kommunistischer Terroristen in Dänemark ergeben.

So wurde von der Komintern besonderer Wert auf die Gewinnung skandinavischer Seeleute als Mitarbeiter gelegt, da man die Ansicht vertrat, daß in einem kommenden Kriege die skandinavischen Staaten allein neutral bleiben würden und nur die Angehörigen dieser Länder dann die Möglichkeit besäßen, in deutschen Häfen bzw. auf deutschen Schiffen Terrorakte durchzuführen. Darüber hinaus bestand die dringende Anweisung, die Ladung ihrer eigenen Schiffe durch Brand- und Sprengsätze zu vernichten, falls dies den Interessen der Sowjetunion dienlich sei. Wollweber selbst hatte an die einzelnen Sabotagegruppen in den Ostseestaaten und den deutschen Nordseehäfen die Anweisung erteilt, auf allen in diesem Raum fahrenden Schiffen mindestens einen zuverlässigen Mitarbeiter zu werben, der für seine künftige Arbeit im Sinne der 3. Internationale bestens geschult werden sollte.

Auf seine Anordnung ist auch der Versuch einer Gründung einer Sabotagegruppe in Danzig zurückzuführen.

Führende ISH.-Funktionäre dieser Gruppen, unter ihnen der aus Oslo stammende norwegische Staatsangehörige

Arthur Samsing,

der längere Zeit in der Sowjetunion aufhältlich war, konnten inzwischen festgenommen werden und haben ausführliche Angaben über ihre

im Auftrage Wollwebers gegen das Reich gerichteten Sabotageaktionen gemacht.

Im Auftrage der Komintern errichtete Wollweber gleichfalls Stützpunkte auf den Ostseeinseln Dargö und Oesel. Die auf diesen Inseln angeworbenen Mitarbeiter sollten jedoch erst in Aktion treten, falls in einem Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion diese Inseln von deutschen Truppen bzw. von der Kriegsmarine in Besitz genommen würden. Die Sabotageakte sollten sich dann in erster Linie gegen U-Boot-Basen, Flugplätze und Oellager richten.

Wie sehr der Bolschewismus auch im Reich selbst eine Tätigkeit zu entfalten versuchte, geht aus der Tatsache hervor, daß seit März 1941 Feststellungen in Oberschlesien und im Generalgouvernement durch die Sicherheitspolizei (SD) getroffen werden konnten, wonach als Leiter polnischer Sabotage- und Terrororganisationen in vermehrtem Umfange kommunistische Elemente eingesetzt worden sind. Auch hier zeigt die Organisierung von in letzter Zeit durchgeführten Gewaltverbrechen typisch kommunistische Ausführungsmethoden, wie sie von der Komintern bei Aufstellung der „Kriegsthesen" auf dem VI. und VII. Weltkongreß in Moskau an alle Sektionen herausgegeben worden sind.

IV. Die sowjetrussische Spionage (wirtschaftlicher, militärischer und politischer Nachrichtendienst) gegen das Reich.

1. GPU-Methoden gegen volksdeutsche Umsiedler.

Als durch den deutsch-russischen Grenzvertrag vom 29. 9. 1939 Rußland die Früchte des deutschen Sieges über Polen durch einen erheblichen Gebietszuwachs in einem großen Umfange auch für sich verbuchen konnte, hat es die Aufrichtung der deutsch-russischen Interessengrenze dazu benutzt, die erstmalig wieder in Erscheinung getretene Landberührung mit dem Großdeutschen Reiche zum Einfallstor für zahllose Spionageagenten im Gebiet seines Nichtangriffspaktes auszubauen.

Die großzügige Aktion des Führers zur Heimführung der auf russischem Territorium lebenden Volksdeutschen wurde in schmählicher Weise zu obengenannten Zwecken ausgenutzt.

Als die Volksdeutschen, dem Rufe des Führers folgend, sich in Massen zur Umsiedlung meldeten, trat die berüchtigte GPU. — die seit dem 3. 2. 1941 Teil des vereinigten Volkskommissariats für innere Angelegenheiten geworden ist, mit dem Titel „Volkskommissariat für Staatssicherheit" — auf den Plan, und zwar um viele dieser deutschen Menschen, unter Anwendung verwerflichster Mittel, sich für eine Spionagetätigkeit gegen das Land, in das sie von Heimatliebe getrieben zurückzukehren sich anschickten, zu verpflichten. Wenn auch die GPU. kaum praktische Erfolge zu verzeichnen hatte, weil die meisten dieser so mit Gewalt zu Spionageverpflichtungen Gepreßten auf deutschem Boden hiervon sofort Mitteilung machten, so bleibt trotzdem diese Tat-

sache als ein Schandmal für die Arbeitsmethoden der GPU. und damit der sowjetrussischen Machthaber bestehen.

Die deutschen Umsiedler wurden in solchen Fällen von der GPU. vorgeladen, stundenlang verhört und es wurde ihnen angedroht, daß sie von der Umsiedlung ausgeschlossen würden, wenn sie sich dem Ansinnen der GPU. nicht gefügig zeigten. Beliebt war auch die Methode, den angegangenen Umsiedlern zu erklären, daß man sich an zurückbleibenden Angehörigen schadlos halten und diese als Geiseln behandeln würde, wenn sie den unter Zwang übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen oder es wagen sollten, in Deutschland Anzeige zu erstatten. Man drohte ihnen weiter, daß der lange Arm der GPU. sie auch in Deutschland erreichen würde, eine Drohung, die auf den einzelnen — kleinen — Umsiedler ihren Eindruck nicht verfehlte. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen wurden in dieser schamlosen Weise zu Verpflichtungserklärungen gepreßt. Nachstehend sollen aus den in die Hunderte gehenden Fällen einige angeführt werden, die ein bezeichnendes Beispiel darstellen, wie man mit deutschen Menschen verfahren hat.

a) Im Zuge der Umsiedlung von Bessarabiendeutschen ins Reich erschien die Frau Maria Baumann aus Tschernowitz, die durch andere Zeugeneide erhärtet angab, daß der russische Geheimdienst sie für Spionagezwecke in Deutschland pressen wollte. Sie sei wiederholt zu maßgebenden Dienststellen der GPU. bestellt worden, wo man mit allen Mitteln auf sie einwirkte, sich dem Ansinnen der Spionagearbeit gefügig zu zeigen. Da sie Mutter von fünf unversorgten Kindern ist (Witwe), versprach man ihr hohe Verdienstmöglichkeiten, wobei man äußerte, daß auch Summen von 10 000 RM und höher keine Rolle spielten. Sie war für eine Spionagetätigkeit in Prag eingeteilt. Sie führte bereits Material und Unterlagen mit sich, die den Umfang der spezialisierten Schulung erkennen ließen.

b) Die Ehefrau Elisabeth Kreutel, deren Mann in Tschernowitz ein Bandagengeschäft betrieb, wurde gelegentlich der Vorlage der Reisepässe gleichfalls von der GPU. angegangen. Sie sollte in Sachsen russischen Spionagedienst ausüben. Auch sie brachte wichtiges Schulungsmaterial zur Kenntnis der deutschen Abwehr.

Diese Anführung von begründeten Einzelbeispielen könnte auf Hunderte von Fällen ausgedehnt werden, da es feststeht, daß die GPU. nach vorsichtiger Schätzung an etwa 50 Proz. der Umsiedler herangetreten ist, um sie durch erpresserische Drohungen oder riesenhafte Geldversprechungen zur Mitarbeit zu zwingen.

Aber nicht genug damit, daß die GPU. diese deutschen Menschen, unter Anwendung verwerflichster Mittel, zu Verrätern an ihrer Heimat zu machen versuchte, haben es ihre Organe sogar fertig gebracht, diese Leute in vielen Fällen auszufleddern, ihnen Ausweispapiere, Geld und Wertsachen zu stehlen. In 16 Fällen liegen Beweise dafür vor, daß der Diebstahl von Ausweispapieren zu dem Zweck geschehen ist, um damit russische Spionageagenten auszustatten. In 16 weiteren Fällen

besteht sogar der dringende Verdacht, daß die GPU. für diesen Zweck Volksdeutsche gemordet hat, um deren Papiere für den unauffälligen Agentenschmuggel ins Reich zu benutzen.

2. Sowjetrussische diplomatische Vertretungen als Zentren der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Nachrichtendienste gegen das Reich mit der eindeutigen Zielsetzung, einer Kriegsvorbereitung zu dienen.

Seit dem Paktabschluß hat sich der russische Spezial-Spionagedienst in einer fast provozierend wirkenden Form in seiner Arbeitsweise gezeigt. Er ging bei seinen bereits üblichen rücksichtslosen Methoden nunmehr auch dazu über, die russischen Vertretungen im Reich — und hier an der Spitze die Russische Botschaft in Berlin — für seine Ausspähungszwecke weitgehendst einzuschalten. Als vor einiger Zeit der damalige russische Botschafter Schkwarzew in Berlin abberufen und durch den Botschafter Dekanasow ersetzt wurde, war dieser Wechsel auf dem Botschafterposten das Signal zu noch stärkerer Intensivierung der Ausspähung in Form der politischen, wirtschaftlichen und militärischen nachrichtendienstlichen Tätigkeit. Dekanasow, ein Vertrauter Stalins, war in Rußland Leiter der Nachrichtenabteilung des NKWD. (des russischen Volkskommissariats des Innern), dem die GPU. als Spionage-Spezialabteilung angehört. Seine Aufgabe, die er aus Moskau mitbrachte, war dahin festgelegt, durch ein auszubauendes Vertrauensmännernetz in die Reichsbehörden Eingang zu finden und vor allem Berichte über militärische Stärke und die operativen Pläne des Reiches zu beschaffen. Sein getreuer Chef war der GPU.-Angehörige und sogenannte „Botschaftsrat" Kobulow, der eine intensive Tätigkeit auf dem Spionagegebiet entwickelte unter rücksichtsloser Ausnutzung seiner exterritorialen Stellung. Das Ziel der russischen Spionage im Reich ging dahin, neben der rein militärischen Nachrichtengewinnung die politische Planung des Reiches zu erfahren und durch Ausbau geheimer Schwarzsendeanlagen an vielen Stellen Deutschlands Meldeköpfe bereit zu haben, die nach einem ausgeklügelten Chiffriersystem alle für Rußland wichtigen Meldungen durchgeben sollten. Es war also seit 1940 eine großangelegte Mobilisationsvorbereitung auf dem Spionagegebiet im Gange, die unter Einsatz unvorstellbarer Geldmittel in Szene gesetzt wurde. (Der deutsche Abwehrdienst konnte sich rechtzeitig einschalten.)

Die Erfahrung, daß der wachsende Druck der russischen Spionage vor allem in den deutschen Ostgebieten — und hier an erster Stelle im Generalgouvernement und im Protektorat — in Erscheinung trat, war die Veranlassung, gerade diesen gefährlichen Gebieten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es wurde dabei festgestellt, daß der Angehörige des russischen Generalkonsulats in Prag, Leonid Mochov, der Kopf eines russischen Spionagenetzes war, das die GPU. im Protektorat aufgezogen hatte. Man hatte ehemalige Angehörige der tschechischen Legion, die im Krieg gegen Polen auf polnischer Seite kämpften und

sich hauptsächlich aus Kreisen von Anhängern der ehemaligen kommunistischen Partei in der Tschecho-Slowakei zusammensetzten und die nach dem Niederbruch Polens in russische Kriegsgefangenschaft kamen, zum russischen Spionagedienst gepreßt und vor allem in der Bedienung von Schwarzsendern geschult. Man sandte diese Leute mit gefälschten Ausweispapieren in das Protektorat, wo sie unter Leitung des erwähnten russischen Konsulatsmitgliedes Mochov tätig wurden. Als der Zugriff erfolgte, konnten weit über 60 Personen dieses russischen Spionagenetzes festgenommen und ein Dutzend in Betrieb befindliche Schwarzsendeanlagen beschlagnahmt werden. (Hinweis: Dieses Netz arbeitete völlig unabhängig von dem durch die Komintern im Protektorat aufgezogenen illegalen Apparat. S. Ziff. I, 2.)

In Berlin war inzwischen der russische Botschaftsrat und GPU.-Beamte Kobulow auch nicht untätig. Es ist nicht ohne Interesse, hier die Aussage eines der Deutschlandfreundlichkeit nicht verdächtigen ehemaligen jugoslawischen Diplomaten, des früheren jugoslawischen Militärattachés in Berlin, Oberst Vauhnik, anzuführen, der mit Bezug auf den Gehilfen des russischen Militärattachés in Berlin, Oberst Korniakow, erklärt hat, daß dieser sich ausschließlich mit dem Nachrichtendienst — mit soviel Geld als irgendwie notwendig — abgebe. Ziel des Kobulow an der Spitze gemeinsam mit dem russischen Militärattaché Tupikow und seinem Gehilfen Skornjakow war, in der Reichshauptstadt sowie allen wichtigen Städten des Großdeutschen Reiches Schwarzsendeanlagen zur Nachrichtenübermittlung aufzubauen.

Aus dem umfangreichen vorliegenden Material über die Tätigkeit dieser Herren und ihres weiteren Mitarbeiterstabes sollen als Beispiel nur folgende zwei Fälle angeführt werden:

a) Der Bäckermeister Wietold Pakulat aus Mariampol im Litauischen, der Mitglied des Deutschen Kulturbundes in Litauen war und im Reich — vor allem in Berlin — Verwandte besaß, wurde eines Tages nach Kowno vor die GPU. zitiert. Hier drohte man ihm, einen Spionageprozeß gegen ihn anzustrengen. Die Tatsache, daß er Angehöriger des Kulturbundes war und zwecks Besuchs seines Bruders in Memel einige Male von Litauen nach Deutschland gegangen war, war der GPU. genug, gegen ihn ein Polizeiverfahren wegen Spionage einzuleiten. Dem verängstigten Manne versprach man Straffreiheit nur dann, wenn er sich bereit erklärte, unter der Maske eines volksdeutschen Flüchtlings nach Berlin umzusiedeln und dort nach bestimmten Weisungen für Rußland zu arbeiten. Unter Zurücklassung von Frau und Kind, die als Geiseln in den Händen der GPU. blieben, wurde er ins Reich geschickt. Auch ihm gab man die Drohung mit auf den Weg, daß der Arm der GPU. lang sei und ihn in Berlin bei Verrat sicher treffen würde. Trotz dieser Drohung und obgleich er Angehörige in der Macht der GPU. zurücklassen mußte, hat auch dieser Volksdeutsche seine Pflicht erkannt und sich mit der Sicherheitspolizei (SD.) in Verbindung gesetzt. So gelang es, in dem den Russen unbekannt gebliebenen Gegenspiel alle ihre Absichten zu durchkreuzen und ihre Tätigkeit von

Anfang an unter Kontrolle zu halten. In Berlin wurde Pakulat durch einen Mittelsmann der GPU. aus der russischen Botschaft mit laufenden Weisungen und Befehlen versehen. Er mußte hier eine Wohnung mieten, in die die GPU. eine große Schwarzsendeanlage einbaute. Er mußte weiter auf russischen Befehl ein kleines Hotel mit Bierlokal übernehmen, um dessen Räume als Quartier für durchreisende russische Agenten und Kuriere bereitzustellen. Er bekam fortlaufend Aufträge, sich an Spezialarbeiter der Rüstungsindustrie heranzumachen, um Verratsmaterial zu erlangen. Der russische Spionagedienst zielte mit Vorbedacht auf eine kriegsmäßige Vorbereitung ab, die neben der Bezeichnung von Zielpunkten für künftige Luftbombardements auch unauffällige Verstecks auf öffentlichen Plätzen und Anlagen, an denen Verratsmaterial und Sabotagegegenstände zur Abholung im geeigneten Augenblick bereit gelegt werden konnten, sich erstreckte.

Allein in diesem Fall zahlte die GPU. rund 100 000 RM., um alle die oben nur kurz skizzierten Vorbereitungen in die Wege zu leiten. Für seine Schwarzsendeanlage hat der russische Nachrichtendienst über Pakulat einen deutschen Funker von der Fa. Siemens geworben, den ihm die Sicherheitspolizei (SD.) — im Gegenspiel — zur Verfügung gestellt hat. Der russische Nachrichtendienst rechnete fest damit, daß Pakulat inzwischen ein zuverlässiges Vertrauensmännernetz von 60 Deutschen geworben hätte, die neben reichlichen Spionageaufträgen auch zersetzend wirken sollten. Das im Gegenspiel gesteuerte Netz hatte bereits eine Ausdehnung bis Königsberg, wo gerade jetzt begonnen werden sollte, kriegswichtige Betriebe im Stadtplan zu markieren.

b) Ein anderer Fall verwerflicher Erpressung eines Reichsdeutschen wurde gleichfalls in Berlin aufgegriffen. Dieser in Petersburg geborene Reichsdeutsche, dessen Namen aus begreiflichen Gründen zur Zeit noch nicht genannt werden kann, kehrte nach wiederholtem Aufenthalt in Deutschland im Jahre 1936 endgültig nach Berlin zurück. Er hatte in Rußland nach russischem Recht geheiratet. Aus der Ehe war eine Tochter hervorgegangen. Da nach russischem Recht die Ehefrau russische Staatsangehörige geblieben war, wurde ihm nicht erlaubt, sie in das Reich mitzunehmen. Von Berlin aus bemühte er sich mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes wiederholt um die notwendigen Personalpapiere, um die russische Ehe nach deutschem Recht anerkannt zu bekommen. Da er schwer lungenkrank ist, und daher auch schon aus diesem Grunde auf eine baldige Vereinigung mit seiner Familie Wert legte, sah er in seiner Lage keinen anderen Ausweg, als selbst noch einmal nach Petersburg zu fahren, um dort die Beschaffung der Urkunden zu betreiben und Frau und Kind endlich ins Reich zu bekommen. Er wandte sich zu diesem Zweck an das russische Reisebüro Intourist und erbat dort die notwendigen Papiere zur Einreise nach Rußland. Als der Leiter dieses Büros, der Russe Schachanow, aus seinen Schilderungen heraushörte, daß dieser kranke Mann in großer

Sorge um seine Familie lebte, begann er mit ihm ein Spiel schmählichster Niedrigkeit. Schachanow stellte ihm die Einreise nach Petersburg in Aussicht unter der Voraussetzung, daß er sich als Deutscher zum Verrat gegen sein Vaterland bereitfinden würde. Immer wieder drang Schachanow auf den verzweifelten Menschen ein, der damit dem Selbstmord nahe gebracht wurde. Schachanow spielte immer wieder Frau und Kind gegen ihn aus und machte Andeutungen dahin, daß sie als Geiseln in der Hand der GPU. wären. Der in Rede stehende Reichsdeutsche offenbarte sich schließlich der deutschen Abwehr. Unter ihrer Anleitung ging er zum Schein auf die Wünsche des GPU.-Agenten Schachanow ein und mietete in dessen Auftrag eine große Wohnung, die gleichfalls für die Installierung eines Schwarzsenders in Angriff genommen wurde.

Zur Abrundung diene die Tatsache, daß engstes Einvernehmen zwischen Schachanow und dem „Botschaftsrat" Kobulow bestand.

c) Durch fortlaufende Beobachtung des Funkspezialisten der Berliner russischen Botschaft, der verschiedentlich in Danzig auftauchte, konnte auch hier — im Gegenspiel — die Installierung eines Schwarzsenders nebst zugehörigem politischem und wirtschaftlichem Vertrauensmännernetz in die Wege geleitet worden. Auch hier ist durch rechtzeitige Anzeige der Danziger Staatsangehörigen Gebrüder Formella, die in die Dienste der GPU. gepreßt werden sollten, der Erfolg des russischen Spionagevorhabens durchkreuzt worden.

Diese Serie von Beispielen könnte beliebig fortgesetzt werden, da der russische Nachrichtendienst in allen ihm wichtig erscheinenden deutschen Städten in der gleichen Weise gearbeitet hat.

V. Grenzzwischenfälle.

Abschließend muß noch darauf hingewiesen werden, daß seitens der Sowjets fortlaufend, aber seit Februar 1941 gesteigert, Grenzzwischenfälle hervorgerufen werden, die auf der deutschen Grenzbevölkerung im Osten wie ein Alpdruck liegen. Schuldhafte Erschießung deutscher Staatsangehöriger und fortlaufende Abgabe von Schüssen von russischer Seite auf deutsches Hoheitsgebiet wechseln in nichtabreißender Kette miteinander ab.

VI. Zusammenfassung.

Die gesamte, gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtete Tätigkeit der Sowjetunion zeigt an den aus der Fülle des Materials herausgegriffenen namentlich angeführten Beispielen, in welchem Umfange illegale Zersetzung, Sabotage, Terror und kriegsvorbereitende Spionage in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht betrieben wurde.

Diese feindlichen Bestrebungen haben nach dem Abschluß des Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. 8. 1939 sich nicht vermindert, sondern sind im Gegenteil in Umfang und Stärke gesteigert worden.

gez. Heydrich.

GEDRUCKT IM DEUTSCHEN VERLAG